



Hebel der Veränderung

*Geld wirkt für gesellschaftlichen Wandel -
eine Tagung der Bewegungstiftung*



ERÖFFNUNGSPODIUM - HEBEL DER VERÄNDERUNG

*PS: Im Übrigen gehört die Spenden-
absatzbarkeit generell eingeführt.*

INHALT

Editorial - Koalitionsvereinbarung	3
Tagungsdokumentation	
<i>Hebel der Veränderung</i>	4
Wir verkaufen Ideale. Die Geschichte der tageszeitung (taz) und ihrer Beteiligungsmodelle.	5
Wie sich mit Aktien Konzernkritik betreiben lässt; Paul Russmann	11
Verein Freunde & Förderer der Ökobank	
Ökobank - OekoGeno eG; Bernd Steyer	14
<i>Hebel der Veränderung - Geld wirkt für gesellschaftlichen Wandel</i>	
Gisela Notz	17
Soziale Bewegungen nehmen Einfluss auf Unternehmen;	
Ingeborg Wick	19
Vom Kampf um das eigene Stromnetz - vom Rebellen zum	
Ökostromanbieter; Ursula Sladek	22
SERVICE:	
„Wie finde ich das richtige Projekt für meine Spende?“	25
Fortbildung für gemeinnützig interessierte Vermögende	26
Glocalist Magazine Nr. 14 Vorschau	10
Offener Brief	
OFFENER BRIEF an Herrn Landesrat Buchmann	27
Diskurs Politik und NGOs	
3 „Grundsatzkommentare“ unter dem Titel „Die SPÖ wird lernen“ der GründerInnen der Protestsektion der SPÖ:	
Manu Hiesmair, Jakob Huber und Rebecca Kampl	29
Appell AGEZ Entwicklungspolitik	31
Grundsicherung und Politik	
Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser; Alexander Zach u. Peter Unger	33
ABO zahlen = ethisches lesen - DANKE	35
EU-Report	
Nachhaltige Partnerschaft statt Schuldzuweisungen:	
Grundprinzipien der EU-Kommunikationspolitik	37
Mariann Fischer Boel auf der Grünen Woche in Berlin: „2007, ein Jahr mit vielen Weichenstellungen“	38
Luftverkehr in der EU25	40
Kommission und Internationale Atomenergie-Organisation wollen ihre Zusammenarbeit vertiefen	41

Nächste Ausgabe

29.1.2007

Impressum

Glocalist Review : Digitale
Wochenzeitschrift für
NGO&NPO-Management,
Politik, Ökonomie und Kultur;
Gegr. 2003

Medieninhaber und Verleger:
„arbeitsraum-philosophie“ agen-
tur für analoge & digitale kom-
munikationswirtschaft GmbH
Herausgeber:
Dr. Christian Neugebauer
Redaktion: A-1030 Wien,
Barmherzigeng. 17/6/1;
oder per Mail an
redaktion@glocalist.com

Design: www.arbeitsraum.at

Anzeigenverwaltung:
anzeigenleitung@glocalist-
.com

Abo-Service:

abo@glocalist.com

http://www.glocalist.com >>

Abonnement

Bezugsabmeldung nur zum Ende des vereinbarten Zeitraumes mit sechs-wöchiger Kündigungsfrist.

Internet:

www.glocalist.com

Mail:

office@glocalist.com

Bankverbindung: BLZ 20111

Kto: 2836 234 1100

Für unverlangt eingesandte
Manuskripte und LeserInnen-
briefe wird keine Haftung und
Gewährleistung übernommen.
Der Herausgeber und die
Redaktion behalten sich even-
tuelle Kürzungen vor. Nament-
lich gekennzeichnete Beiträge
drücken nicht unbedingt die
Meinung des Herausgebers und
der Redaktion aus und für diese
Beiträge und ihren Wahrheits-
gehalt haften ausschließlich die
AutorInnen.

Mit der derzeit vorliegenden Koalitionsvereinbarung bleiben alle wesentlichen Anliegen der NGOs und Zivilgesellschaft auf der Strecke. Verloren hat der/die mündige BürgerIn.



CHRISTIAN NEUGEBAUER,
HERAUSGEBER

Schon die ersten Reaktionen von NGOs und zivilgesellschaftlichen Organisationen machen es klar: Alle wesentlichen Anliegen bleiben auf der Strecke (sh. Nachrichten auf Glocalist Daily News >> www.glocalist.com)

Es bleibt bei der Studiengebühr, mehr noch, wird diese mit einem unausgegorenen Vorschlag (Landauer/CARITAS) auch noch bereichert, indem gemeinnützige Arbeit vollends entwertet wird, Klimaschutz bleibt ein zersplittertes Thema bis uns eben die Luft ausgehen wird, die Agenden Kultur & Medien & Kunst bleiben Nebensache und lästiges Anhängsel, das in das Unterrichtsministerium verramscht wird, das menschenrechtsfeindliche Niederlassungsgesetz bleibt so wie es ist (besonders hier schmerzlich die vollmundigen Ankündigungen von Prammer und Einem im Rahmen der Verleihung des Ute-Bock-Preis an "Ehe Ohne Grenzen", wonach dieses Unrechtsgesetz einfach weg gehöre), die Spendenabsetzbarkeit für gemeinnützige NGOs entpuppt sich als einer der Running Gags, welcher sich bereits auf einem ähnlichen Niveau wie die Abschaffung der Werbesteuer bewegt, von der Grundsicherung ist nur wenig mehr als eine angedachte Sozialhilfe mit drakonischen Auflagen geblieben, die Entwicklungshilfe bleibt auf dem beschämenden Niveau stehen und der Pflagenotstand bleibt wie er ist: ein Notstand.

Die angekündigte Stärkung der parlamentarischen Rechte für die Opposition werden wohl Ankündigungen und damit Makulatur bleiben: Man wird vergessen!

Dafür erhaltet man eine aufgeblähte Regierung und eine erste Steuererhöhung. Mehr BürgerInnenrechte, Datenschutz und mehr kritischer Geist werden im Sperrfeuer der Großen Koalition untergehen.

Der Befund ist so niederschmetternd und von einer Modernisierung, soziale Fairness und ähnliches mehr zu sprechen, ist nur eine Verhöhnung jeden wachen Geistes.

Kritische und unabhängige Menschen werden wie gewohnt an den Rand oder gleich aus der Existenz gedrängt und im Gegenzug werden dafür unzählige Versorgungspöstchen geschaffen werden.

Verloren hat die Zivilgesellschaft wozu die GRÜNEN auch ein gehöriges Maß beigetragen haben, indem sie sich ihrer Verantwortung verweigerten. Jetzt darüber zu jammern, was man selber mitverantwortet hat, ist entweder dumm oder scheinheilig.

Gesamt ist die bleierne Decke der nächsten vier Jahre eine Bankrotterklärung der gesamten politischen Klasse und die wesentlichen Herausforderungen bleiben liegen.

Darum sollten die NGOs und zivilgesellschaftlichen Kräfte ihre Sachkritik bündeln und abstimmen oder wie Philipp Sonderegger, Sprecher von SOS Mitmensch, treffend formuliert: "Die Politik sollte sich dem Wissen der NGOs nicht verschließen und möglichst bald die Erfahrungen der Betreuungseinrichtungen in ihre Entscheidungen und Handlungen miteinschließen."

Die Konferenz Zivilgesellschaft kann dazu einen möglichen Rahmen anbieten (www.konferenz-zivilgesellschaft.at) ■

TAGUNGSDOKUMENTATION

Hebel der Veränderung*in Kooperation mit der Bewegungstiftung*

Vom 1. - 3. Dezember 2006 veranstaltete an der Evangelischen Akademie (Bad Boll) die junge Stiftung „Bewegungstiftung (www.bewegungstiftung.de)“ die erste Forumstagung mit dem Titel „Hebel der Veränderung: Geld wirkt für gesellschaftlichen Wandel“ zu Vermögen und gesellschaftlicher Wandel.

Der Veranstalter Jörg Rohwedder (GF Bewegungstiftung) meinte dazu nicht ohne Stolz: „Diese Tagung ist das erste Forum in Deutschland für Vermögende für sozialen Wandel.“ Diese Tagung setzte so die Vision der Tagung „Solidarische Ökonomie“ an der TU Berlin fort, wo sich rund 1.400 Menschen zusammenfanden: Die Zivilgesellschaft goes economic. Es wurden neue Formen der Zusammenarbeit und des Wirtschaftens abseits Profitgier und burn-out gesucht und diskutiert.

Die GLOCALIST Medien freuen sich in Zusammenarbeit mit der Bewegungstiftung nachstehend die wichtigsten und ausgewählte Beiträge zu dokumentieren und als Tagungsdokumentation kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Die GLOCALIST Medien hoffen so den Wissenstransfer und know-how für sozialen Wandel in Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Wirtschaft zu befördern.

Die GLOCALIST Medien freuen sich, die Beiträge von „Gründungs- und Stiftungspersönlichkeiten“ der europäischen Zivilgesellschaft und NGOs präsentieren zu dürfen.

Die Beiträge (AutorInnen in alphabetischer Reihenfolge):

Gisela Notz, Stiftungsrätin der Bewegungstiftung zu Hebel der Veränderung

Karl-Heinz Ruch, Mitgründer und Geschäftsführer der taz zur Gründung der taz

Paul Russmann, Sprecher der Kritischen AktionärInnen DaimlerChrysler und Vorstandsmitglied des Dachverbandes der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre über den Dachverband der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre

Ursula Sladek, Mitgründerin und erste Vorsitzend der NGO „Eltern für eine atomfreie Zukunft“ und seit 2001 Geschäftsführerin der Elektrizitätswerke Schönau (EWS) über den Weg zum eigenen Stromnetz

Bernd Steyer, Gründungsmitglied der Ökobank zum Aufstieg und Fall der Ökobank

Ingeborg Wick, wissenschaftliche Mitarbeiterin am SÜDWIND Institut für Ökonomie und Ökumene über soziale Bewegungen und ihren Einfluss auf Unternehmen

Wir verkaufen Ideale

Die Geschichte der tageszeitung (taz) und ihrer Beteiligungsmodelle.

Von Karl-Heinz Ruch

„Die taz ist einzigartig auf der Welt“ heißt der Claim unserer gegenwärtigen Werbekampagne. Illustriert wurden die Anzeigen, die in der taz selbst und in anderen Zeitungen und Zeitschriften für ein Abonnement werben, indem die bekannte Titelseite der taz mit einem Titelschriftzug in nichtlateinischen Schriften der Welt dargestellt wurde: in thai, chinesisches, arabisches, hebräisches usw. Dazu erläutert ein Copytext unseres jeweiligen Korrespondenten in dieser Sprach- und Schriftregion die örtliche Mediensituation - immer verbunden mit der Feststellung, dass es eine solche Zeitung wie die taz in diesem Land selbstverständlich nicht gibt. Tatsächlich ist taz einzigartig. Nirgendwo auf der Welt gibt es eine andere Zeitung, die so funktioniert wie die taz.

„Flüchten oder Standhalten“ - Der Tunix-Kongress

Seinen Anfang nahm alles im Januar 1978 auf dem Tunix-Kongress in Westberlin. Freunde und Genossen aus der alternativen und undogmatischen Linken Europas trafen sich damals in Westberlin unter der Fragestellung „Flüchten oder Standhalten?“ Sollte man lieber auf eine Insel auswandern oder bleiben, um das Land und die Gesellschaft zu verändern?



Mit 20.000 Menschen aus ganz Westdeutschland, aber auch aus Italien und Frankreich war „Tunix“ zugleich ein Riesenfest mit Musik, Kabarett und Theater und ein großer Kongress mit zukunftsweisenden Diskussionen. Die Themen der Foren waren klassisch, die Fragen kritisch und die Antworten sollten neu sein: Es ging um die Zukunft der Arbeit, um das Spannungsfeld von ‚Mensch und Umwelt‘, um Ökologie und Nachhaltigkeit, Soziale Gerechtigkeit und Internationale Solidarität, um Emanzipation, Kultur von unten, Pädagogik, Psychiatrie und Anti-Psychiatrie - und über die Notwendigkeit alternativer Medien und die konkrete Gründung einer linken Tageszeitung.

Kurz: „Tunix“ war der Aufbruch der Alternativbewegung zur Gründung eigener Institutionen gegen das Establishment. Die Vorstellung, dass eine bessere Welt machbar sei, sollte nun auch konkret umgesetzt werden. Mit „tunix“ kamen Greenpeace nach Deutschland, die Grünen als Partei, die taz als Zeitung und Hunderte anderer Gruppen und Organisationen, die meinten, dass man vieles in der Gesellschaft auch besser und anders machen könne.

„Wir haben keine Chance, aber wir nutzen sie“ - Die Gründung der tageszeitung

„Wir haben keine Chance, aber wir nutzen sie“ hieß es in der ersten regulären täglichen Nummer der taz am 17. April 1979. Damals hätte wohl niemand auch nur im Traum geglaubt, dass die taz nach bald dreißig Jahren zu einem etablierten Bestandteil der deutschen Tageszeitungslandschaft gehören würde. In den ersten beiden Jahrzehnten konnte die taz vor allem durch die Solidarität



DIE TAZ



ihrer MitarbeiterInnen und AbonnentInnen bestehen. Hinzugekommen ist seit Gründung der taz-Genossenschaft im Jahr 1991 die Unterstützung durch inzwischen mehr als siebentausend Genossenschaftsmitglieder, die sich mit 7 Mio. € Kapital an der taz beteiligt haben. Wie konnte gelingen, was nach Meinung aller Experten des Gewerbes überhaupt nicht möglich war? Die Gründung und das Bestehen einer überregionalen Tageszeitung.

Für betriebswirtschaftliche Überlegungen gab es im „Projekt tageszeitung“ am Anfang wenig Raum. Und das war gut, sonst hätte es die taz nie gegeben. Für den Start der Zeitung wären aus ökonomischer Sicht mindestens 20.000 Vorausabos notwendig gewesen. Aber als klar war, dass die nicht zusammenkamen, begann die taz trotzdem: mit 7.000 Abos.

Trotz aller Ahnungslosigkeit fällten die GründerInnen der taz in diesen frühen Jahren zukunftsweisende Entscheidungen: So entschied sich ein denkwürdiges Plenum aller 26 taz-Initiativen, die es damals gab, im Dezember 1978 in Frankfurt für Berlin als Standort der Zentralredaktion der taz, obwohl zu jener Zeit überregionale Tageszeitungen eher in Frankfurt verortet waren. Für Berlin als Standort sprachen allein die vielfältigen Finanzierungsmöglichkeiten des Berlinförderungsgesetzes. Um die notwendigen Investitionen durchzuführen und auch den laufenden Haushalt durch Umsatzsteuervergünstigungen zu entlasten, entstand im Laufe der Jahre ein Geflecht von Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften.

„Enteignet Springer, beteiligt Euch an der taz“ - Die taz und ihre Beteiligungsmodelle

Entgegen allen Erwartungen gelang es der taz, trotz chronischer Finanzkrisen, am Markt zu bleiben. Die politische Konjunktur war für das Blatt in den achtziger Jahren denkbar günstig. Immer wieder gab es Themen, an denen sich die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zuspitzten und die



auch die Auflage der taz emporbrachten. Schon kurz nach Erscheinen der taz wurde Berlin zur Hausbesetzermetropole. Das Atomprogramm und der Nato-Doppelbeschluss machten die taz als linke Zeitung in der Bundesrepublik bald unersetzlich. Die Atomkatastrophe von Tschernobyl 1986 brachte der taz eine Steigerung der Abonnements von

22.000 auf 36.000. Zu den Kampagnen der taz in den achtziger Jahren gehörte auch die Aktion „Waffen für El Salvador“ bei der insgesamt 4,7 Millionen Mark gesammelt wurden.

„Enteignet Springer, beteiligt Euch an der taz“ - so wurde 1988 für Kommanditbeteiligungen an dem Neubauvorhaben des taz-Verlagshauses vor Springers Haustür in der Kochstraße geworben, die demnächst auf Initiative der taz hin Rudi-Dutschke Straße heißen wird. Am Ende jenes Jahrzehnts zeigte sich, dass sowohl die Standortentscheidung für die Kochstraße und überhaupt für Berlin zukunftsweisend war. Der Fall der Mauer machte Berlin zur kommenden Hauptstadt und die taz konnte aus zwei eigenen Verlagshäusern im alten Berliner Zeitungsviertel das alles aus nächster Nähe beschreiben.

„Keine taz mehr ohne mich!“ - Die taz und ihre Rettungskampagnen

Die neunziger Jahre waren für die taz das Jahrzehnt der Konsolidierung und Professionalisierung



in Verlag und Redaktion. Qualitätsverbesserungen waren oft ein Rennen gegen die Zeit, denn die Konkurrenz auf dem Tageszeitungsmarkt erwachte aus ihrem jahrzehntelangen Tiefschlaf. Gerade in den neunziger Jahren bis in die Zeit des Internets haben die überregionalen Tageszeitungen ihre Angebote deutlich ausgeweitet. Und der taz fehlte der lange finanzielle Atem, um bei diesem „Wettrüsten“ mitzuhalten. So stand die taz in den neunziger Jahren oft vor dem finanziellen Aus und wurde nur durch Rettungskampagnen und die große Solidarität ihrer Leserinnen und Leser am Leben gehalten.

Durch den Fall der Mauer wurde die Insel Berlin zum Festland, das liebgewonnene Subventionsmeer fiel trocken und mit ihm gingen die alternativen Lebensverhältnisse. Die taz musste - wie andere Berliner Unternehmen - mit ungeheurer Geschwindigkeit den neuen Anforderungen gerecht werden. Die taz als Projekt der Gegenöffentlichkeit und der alternativen Kultur musste die veränderten Bedingungen nicht nur beschreiben, sondern wurde von ihnen auch erfasst. Den Abbau der Berlinförderung zu verkraften zählte zu den höchsten Hürden, die die taz in ihrer Geschichte zu nehmen hatte. Das Unternehmen taz wurde entflochten, der Personalstand drastisch reduziert, der Einheitslohn abgeschafft und Deutschlands größter Alternativbetrieb 1992 in eine Genossenschaft umgewandelt.

„Kauft die taz“ - Die taz und ihre Genossenschaft



Heute sieht fast so aus, als hätte gerade die taz den richtigen Weg gefunden. Die Tageszeitungen haben Jahre der konjunkturellen und strukturellen Krise hinter sich. Anzeigenmärkte gehen ins Internet, jün-

für den Verkauf der taz an einen großen Verlag oder einen Investor. Unter den Verlagsmitarbeitern wollte man die Unabhängigkeit der taz mit der Genossenschaft erhalten. Mit der Umwandlung der taz in eine Genossenschaft waren im Jahr 1992 mehrere Ziele verbunden:

gere Menschen lesen immer weniger Zeitungen. Die taz, die sich immer nur zu einem geringen Teil aus Werbung finanziert hat, steht plötzlich als stabile Größe da. Aber Zeitungen leiden heute nicht nur unter Anzeigen- und Auflagenproblemen. Auch die unternehmerische Verfasstheit der überregionalen Tageszeitungen erweist sich heute oft als Problem. Der gerade stattgefunden Verkauf der FR von einer Stiftung zur SPD und von dort weiter an eine große Zeitungsgruppe bedeutet mit Sicherheit einen Verlust an publizistischer Unabhängigkeit. Ebenso die Beteiligung von Finanzinvestoren,



s o g e n a n n t e n Heuschrecken an Tageszeitungsverlagen, um dort schnelle Profite zu realisieren. Nicht nur in Deutschland sind Tageszeitungen in der Krise. Libération in Frankreich, Vorbild bei der

Gründung der taz kämpft seit Jahren ums Überleben und muss sich immer fester an Investoren binden. Dass es die taz heute noch gibt ist vor allem der Leistung ihrer MitarbeiterInnen zu verdanken. Deshalb haben sie auch noch heute, wo das Unternehmen eine Genossenschaft ist, herausragende Rechte.

1. Gewinnung von Eigenkapital, um so der ständigen Gefahr der Überschuldung zu entgehen.
2. Wirtschaftliche Sanierung des Alternativbetriebs durch Stellenabbau (von über 200 auf 150) und die Abschaffung des bis 1991 geltenden Einheitslohns
3. Reform der basisdemokratischen Entscheidungs- und Verantwortungsstrukturen des bisher selbstverwalteten Betriebs zugunsten einer flachen hierarchischen Entscheiderstruktur

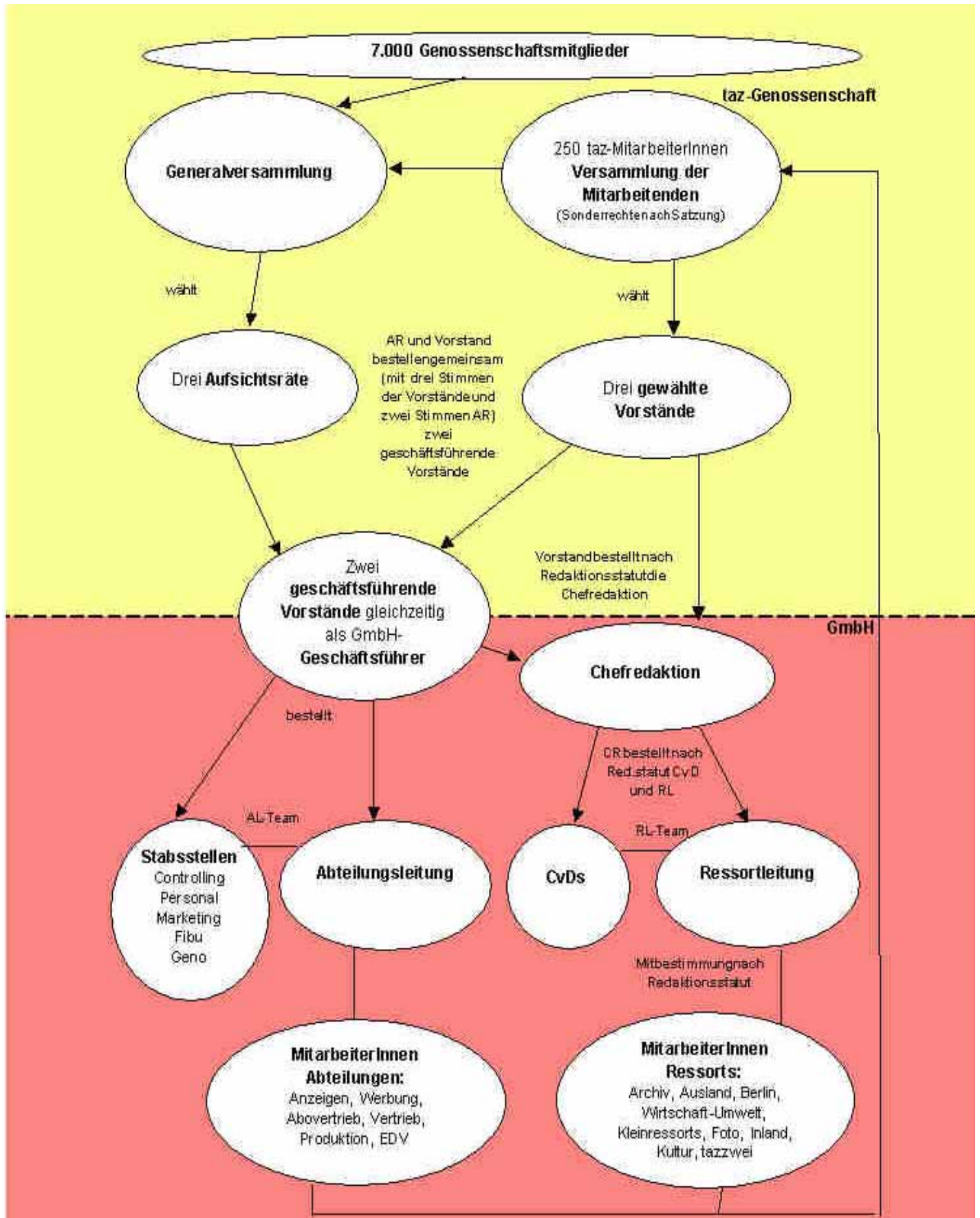
Auch die Kritiker der damaligen Entscheidung für die Genossenschaft werden heute eingestehen, dass es ohne die Genossenschaft die taz heute nicht mehr geben würde. Wäre sie damals an einen Investor gefallen, dann hätte sie das gleiche Schicksal wie die Wochenpost oder die Woche erlebt, sie wäre spätestens mit dem Beginn der letzten Zeitungskrise eingestellt worden. Heute haben 7.000 Genossenschaftsmitglieder über 7 Mio. Euro Kapital gezeichnet. Damit konnte die taz strategischen Herausforderungen der letzten 15 Jahre bewältigen und steht heute, wo der Zeitungsmarkt noch einmal schwieriger geworden ist, so stabil da wie selten in ihrer Geschichte.

„Wir verkaufen Ideale“ - Die taz heute

In ihren ersten zehn Jahren war die taz ein selbstverwalteter Mitarbeiterbetrieb. Die Unternehmenskonstruktion war juristisch problematisch. Alle Mitarbeiter konnten im Trägerverein „Freunde der alternativen Tageszeitung e.V.“ Mitglied werden. Der Verein konnte aber selbst keine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben. Deshalb bediente man sich der Konstruktion verdeckter Treuhänder, die für den Verein die Gesellschaftsanteile an den diversen GmbH und Co. KGs hielten. Gesteuert wurde die ganze Geschichte von drei gewählten Vereinsvorständen. Die ganz wichtigen Entscheidungen wurden vom halbjährlichen Nationalen Plenum getroffen. Für normale Organisationsentscheidungen gab es jeden Mittwoch ein Plenum aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Wattstraße.

Die taz ist eine Genossenschaft der besonderen Art. Weil ihre Wurzeln in der Selbstverwaltung eines Mitarbeiterbetriebes stark waren, haben auch heute noch die taz-Mitarbeitenden wesentlichen Einfluss auf die Unternehmensgeschicke. Die taz-Genossenschaft ist eine Produktivgenossenschaft innerhalb einer Konsumgenossenschaft. Selbst hat sie keinen eigenen Geschäftsbetrieb, sondern ist Holding einer Gruppe von Unternehmen, in denen das operative Geschäft stattfindet. Die Mitarbeitenden der taz als produzierende Genossen haben Sonderrechte: Wer länger als ein Jahr bei der taz beschäftigt ist, hat Stimmrecht in der Versammlung der Mitarbeitenden der taz-Genossenschaft. Diese Mitarbeiterversammlung muss bei wesentlichen Entscheidungen über das Unternehmen, wie z.B. dem Kauf oder Verkauf von Unternehmensbeteiligungen zustimmen. Gegenüber bestimmten Entscheidungen der Generalversammlung hat die Mitarbeitendenversammlung ein Einspruchsrecht mit der Folge, dass solche Entscheidungen von der Generalversammlung mit höherem Quorum abgestimmt werden müssen.

Die Überführung der taz in eine Genossenschaft wurde im Herbst 1991 von den Mitgliedern des Vereins „Freunde der alternativen Tageszeitung“ nach harten Auseinandersetzungen getroffen. In der Redaktion gab es eher Mehrheiten



Das wichtigste Recht der Versammlung der Mitarbeitenden ist es aber, die Mehrheit des Vorstandes der Genossenschaft zu wählen. Drei von fünf Vorständen der Genossenschaft werden von den Mitarbeitenden gewählt. Zwei weitere geschäftsfüh-

rende Vorstände, die auch Geschäftsführer der Tochtergesellschaften der Genossenschaft sind, werden von den gewählten Vorständen und dem Aufsichtsrat gewählt, wobei die Vorstände drei und der AR zwei Stimmen hat. Der

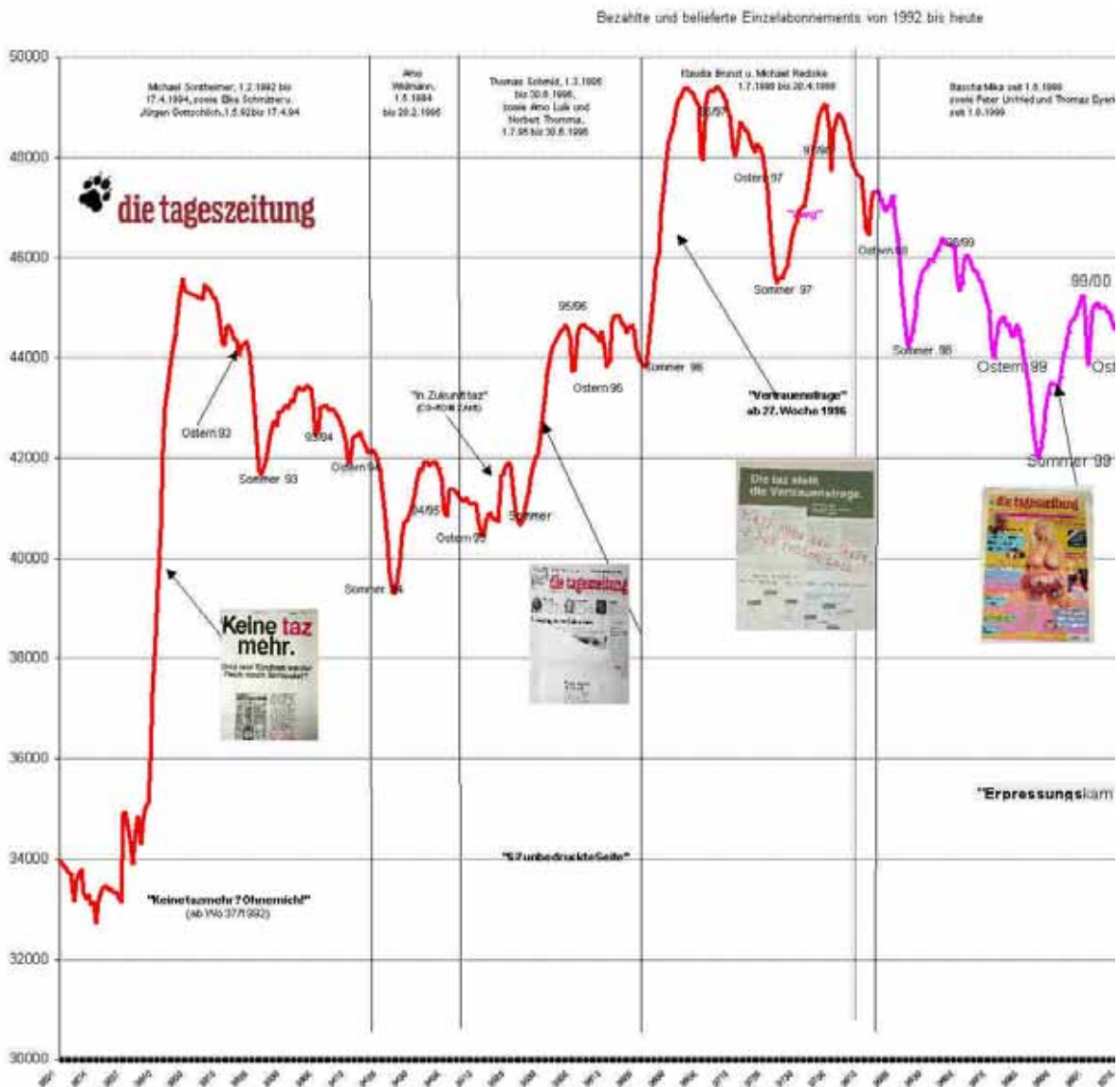
Aufsichtsrat der Genossenschaft wird, wie es das Genossenschaftsgesetz vorgibt, von der Generalversammlung gewählt.

Mit der Überführung der taz in eine Genossenschaft bekam die taz ein Redaktionsstatut, das die Verhältnisse innerhalb der Redaktion und zwischen Redaktion und Verlag regelt. Das Redaktionsstatut regelt zunächst die Bestellung der Chefredaktion durch den Genossenschaftsvorstand. Bei externen Bewerbern hat der Redaktionsausschuss, eine von den Redakteuren gewählte Interessenvertretung, ein Vetorecht. Bei internen Bewerbern kann die Redaktionsversammlung mit zwei Drittel Mehrheit ein Veto gegen die Berufung einlegen, ebenso wie gegen die Abberufung eines Chefredakteurs durch den Genossenschaftsvorstand.

Die Redaktion der taz ist nach Ressorts gegliedert, der Verlag nach Abteilungen. Verantwortlich für die Ressorts und Abteilungen sind Ressort- und Abteilungsleiter, ihnen obliegt die Entwicklung ihrer Ressorts und vor allem die Personalentwicklung in ihren Bereichen. Die Einstellung von

Personal im Rahmen der Stellenpläne ist Sache der Abteilungs- und Ressortleitungen. Die Auflage der taz beträgt heute ca. 60.000 verkaufte Exemplare täglich, davon 50.000 Abonnements. Der Jahresumsatz der gesamten Gruppe belief sich im Jahr 2005 auf 21,4 Millionen Euro. Die Zahl der Personalstellen beläuft sich auf ca. 220, davon die Mehrheit in Redaktion und Verlag in Berlin und ca. 20 in Hamburg, 20 in Bremen und 20 in NRW. Dort erscheinen jeweils zusätzliche Lokal- und Regionalseiten. Die Zahl der Beschäftigten liegt durch diverse Teilzeitbeschäftigungen darüber.

Die Auflage von 60.000, das klingt nicht nach viel. Man muss aber bedenken, dass die taz sich in einem ganz kleinem Segment des Tageszeitungsmarktes tummelt. Sieht man von der Bildzeitung ab, dann umfassen die überregional vertriebenen Auflagen der deutschen Tageszeitungen nur wenige hunderttausend Exemplare. Daran gemessen ist der Anteil der taz, die anders als die anderen Überregionalen kein ausgeprägtes lokales Standbein hat, schon bedeutender. ■



Glocalist

MEDIEN



Vorschau

Inhalt der Ausgabe 14

SOZIALE VERANTWORTUNG:

Die Trigos Gewinner von 2006 zum Thema: Soziale Verantwortung

Götz W. Werner: Bedingungsloses Grundeinkommen
Ein Weg aus Arbeitslosigkeit und Bevormundung?

Von Bürger für Bürger, das Modell der Bürgerstiftungen aus Deutschland

CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY:

CSR News

CSR, Macht und Demokratie –
ein bislang (zu) wenig belichteter Bereich der CSR-Agenda.
Prof. Schäfer

u.v.m.

Wie sich mit Aktien Konzernkritik betreiben lässt

Paul Russmann

Mehr Umweltschutz! Mehr soziale Gerechtigkeit!

Dafür streiten die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre seit über 20 Jahren in den Hauptversammlungen deutscher Konzerne.

Sie wollen Arbeits- und Ausbildungsplätze erhalten, umweltfreundliche Produkte und Klimaschutz fördern, die Sozialbindung des Eigentums durchsetzen. Sie kämpfen gegen das Diktat des „Shareholder Value“, gegen Rüstungsproduktion, gegen Atomenergie und gegen umweltschädliche Geschäfte.

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre organisiert die gemeinsamen Kampagnen seiner Mitgliedsorganisationen. Außerdem ist er die zentrale Anlaufstelle für mehr als 4.000 Kleinaktionärinnen und Kleinaktionäre, die ihm die Stimmrechte ihrer Aktien übertragen um auf diesem Weg ihre soziale und ökologische Verantwortung wahrzunehmen.

1. Geschichte der Aktionärsbewegung

Die Geschichte der Aktionärsbewegung begann bereits 1932 in New York. Der Wiener Börsenexperte Max Deml schildert in seinem Buch „Widerspruch zu Protokoll“ folgender Fall: Der Direktor der Vereinigten New Yorker Gaswerke habe die Aktionäre nach einer nur 10 Minuten dauernden Hauptversammlung zum Buffet gebeten. Während er den Geschäftsbericht vorlas, übersah er geflissentlich die Handzeichen einiger Aktionäre, die Fragen stellen wollten. Lewis Gilbert, Inhaber von 10 Aktien und zum ersten Male auf einer Hauptversammlung, wollte das nicht auf sich beruhen lassen und wehrte sich fortan gegen die „stille Diktatur über das Geld fremder Leute“. Er

wurde zum Anwalt der Kleinaktionäre bei verschiedenen US-Aktiengesellschaften.

Jahre später entdeckten AktivistInnen der Bürgerrechts- und Antikriegsbewegung in den USA die auf den Rechten der Aktionäre beruhenden Handlungsmöglichkeiten. „Kirchliche Aktionäre wollen Rüstungsindustrie bremsen“ hieß eine Meldung des Evangelischen Pressedienstes Anfang 1983. Über 100 kirchliche Gruppen und Einzelpersonen hatten als Aktionäre in den USA 19 Unternehmen aufgefordert, sich nicht weiter am Wettrüsten zu beteiligen sowie „keine Verträge für die Entwicklung oder die Herstellung von Atomwaffen zu schließen oder zu verlängern“. In Deutschland waren vor allem die Aktivistinnen und Aktivisten der Anti-Apartheid-Bewegung die ersten, die als Kritische Aktionäre auf Hauptversammlungen deutscher Unternehmen deren Zusammenarbeit mit dem Apartheid-Regime kritisierten. 1986 wurde der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre gegründet.

2. Ziel der Arbeit der „Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre“

Den Kritischen AktionärInnen geht es - im Gegensatz zu vielen anderen Aktionärsvereinigungen - nicht um die Höhe der Dividende oder um die Befriedung materielle Einzelinteressen. Vielmehr treten sie für eine Unternehmenspolitik ein, die sich am Allgemeinwohl orientiert und sich für Frieden, Gerechtigkeit und Umweltschutz einsetzt.

Die „Kritischen“ forder(t)en den Ausstieg von Siemens und den Stromkonzern aus allen Atomgeschäften, in den Aktionärshauptversammlungen von BASF, Bayer und



Schering streiten sie gegen giftige Pestizide, gegen riskante Experimente mit der Gentechnik und gegen gefährliche Arzneimittelexporte. Den Vorständen von DaimlerChrysler und Rheinmetall verweigern sie wegen fortgesetzter Rüstungsproduktion die Entlastung. Von Deutscher Bank, Dresdner Bank und Commerzbank forderten sie die Schuldenstreichungen für die ärmsten Länder des Südens. Auf den Hauptversammlungen der Deutschen Post AG und der Deutschen Telekom AG kritisierten sie Arbeitsplatzvernichtung und Lohndumping. Und quer durch alle Branchen kämpfen die „Kritischen“ um bessere Beschäftigungschancen für Frauen und Behinderte.

3. Arbeitsweise der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre

Unabhängig, ob eine Aktionärin eine einzelne Aktie oder 20 Prozent der Aktien eines Unternehmens besitzt - jeder hat nach dem deutschen Aktiengesetz das gleiche Frage- und Auskunftsrecht in der Hauptversammlung und kann zur Hauptversammlung Anträge zum Beispiel auf Nichtentlastung von Aufsichtsrat und Vorstand stellen und diese mit einer thematischen Begründung versehen. Diese so genannten Gegenanträge mussten bis vor einigen Jahren schriftlich an alle Aktionärinnen und Aktionäre des jeweiligen Unternehmens auf Kosten des Unternehmens verschickt werden. Mittlerweile müssen sie nur noch auf der Homepage des Unternehmens veröffentlicht werden. Bei einigen Hauptversammlungen konnte der Dachverband in der Vergangenheit sogar eigene Tagesordnungspunkte einbringen, weil ihm von einer Erbgemeinschaft die Stimmrechte aus einem umfangreichen Aktienbesitz übertragen wurde. In anderen Hauptversammlungen stellten die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre eigene Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zum Aufsichtsrat auf. Vor vielen Hauptversammlungen fanden auch immer wieder Aktionen der Kritischen statt - unterstützt von Organisationen aus dem NGO-Bereich, die zu den Problemen, die die Kritischen in den Hauptversammlungen thematisieren, arbeiten.

4. Kritische Konzernarbeit am Beispiel der DaimlerChrysler AG

Im Licht der Öffentlichkeit ist die DaimlerChrysler AG ein Automobilkonzern. Was viele nicht wissen: DaimlerChrysler produziert nicht nur völlig überdimensionierte und unökologische Luxuslimousinen und schwer verkäufliche Smart-Modelle, sondern - über seine Beteiligungsgesellschaft EADS - auch französische Atomraketen, Minenverlegesysteme und Streubombenmunition. Deshalb engagieren wir uns als „Kritische AktionärInnen DaimlerChrysler“ (KADC), vormals „Kritische Aktionäre Daimler Benz“, unter dem Motto

„Entrüstet Daimler“. Seit 1990 setzen wir uns für die Umstellung der militärischen auf eine sinnvolle zivile Produktion, die so genannte Rüstungskonversion, für Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit ein. Die kritischen Daimler-Aktionäre sind ein Zusammenschluss von Friedensorganisationen sowie von Einzelpersonen, unter ihnen auch Belegschaftsaktionäre und Betriebsräte.

„Im Schatten des Sterns“, unseren zu den Hauptversammlungen erscheinenden alternativen Gegenberichten, machen wir die dunklen Seiten des Konzerns publik, die der Daimler-Vorstand in seinen Hochglanzbroschüren und Geschäftsberichten verschweigt. Vor den Hauptversammlungen führen wir Aktionen durch. Beispielsweise haben in der Vergangenheit Mitglieder der Kritischen Daimler-AktionärInnen als Kellner verkleidet „Daimlers Blutcocktail“ angeboten. Mit diesen und anderen Aktionen machen wir die AktionärInnen und die Medien schon vor Beginn der Hauptversammlung auf die unmoralische Rüstungsproduktion und die menschenverachtenden Rüstungsexporte des Konzerns aufmerksam. Als einzige Aktionärsvereinigung haben wir rechtzeitig vor den Folgen der Fusion von Daimler-Benz mit Chrysler gewarnt und gegen die Übernahme der Chrysler Corporation gestimmt.

4.1 Neue Wege der Kooperation

Neue Wege ging der KADC in einer Kooperation mit Greenpeace. Die Umweltschutzorganisation präsentierte auf der Pressekonferenz des KADC 2003 am Tag vor der Hauptversammlung einen umgebauten Mercedes 220 CDI mit Rußpartikelfilter. Da sich der Konzern weiter der serienmäßigen Einführung dieser dringend notwendigen Filtertechnologie verweigert, sprachen die „Kritischen“ denn auch von „der schlechtesten Umweltbilanz des Konzerns seit über 10 Jahren“. Die Forderungen des KADC und Greenpeace waren vor dem Eingang der HV für Tausende Besucher der HV nicht zu übersehen: „Rußpartikelfilter statt Rüstung“ prangte neben meterhohen Transparenten von Greenpeace.

Auf der diesjährigen Hauptversammlung am 12. April 2006 forderte der KADC in Berlin u.a. den sofortigen Rücktritt des Aufsichtsratsvorsitzenden Hilmar Kopper, den Ausstieg aus der Rüstungsschmiede EADS, die Einführung mindestens eines Pkw mit Erdgas-Antrieb für jede Baureihe und Marke, den Stopp des Arbeitsplatzabbaus sowie die mindestens 40-prozentige weibliche Quotierung von Vorstand und Aufsichtsrat. Darüber hinaus stellten wir eine eigene Kandidatin für die Wahl zum Aufsichtsrat auf. Vor jeder Hauptversammlung führen wir eine Pressekonferenz in Stuttgart und Berlin durch. Das Presseecho reicht von Berichten in den großen deutschen Tagesszeitungen von FAZ bis taz, über Radiointerviews bis hin

zur „tagesschau“ (2006)

4.2 „Erfolge“ der Kritischen Aktionäre Daimler Chrysler

Trotz seiner wirtschaftlichen Macht ist der „Global Player“ DaimlerChrysler nicht unangreifbar. Ein positives Image ist für Unternehmen ein wichtiger Erfolgsfaktor. Mit aufwendigen Werbekampagnen, Sport-, Kultur- und Sozialsponsoring soll ein positives Image vermittelt werden. Mit unseren Redebeiträgen und Gegenanträgen in den Hauptversammlungen, mit Gegenberichten und Aktionen legen wir den Finger in die Wunden und kratzen am Image des Konzerns. Unserer kontinuierlichen Recherche- und Lobbyarbeit ist es zu verdanken, dass

- o die Lieferung von militärisch nutzbaren Mercedes-Unimogs in das Bürgerkriegsland Sudan aufgedeckt werden konnte;
- o die Beteiligung der früheren DASA (Daimler-Benz bzw. DaimlerChrysler Aerospace), der heutigen EADS, an der Entwicklung und Produktion von Panzerabwehrmörsern, Submunitionsminen und Minenverlegesystemen sowie von Streumunition einer größeren Öffentlichkeit bekannt wurde;
- o die Schauspielerin und Tatort-Kommissarin Ulrike Folkerts erklärt hat, dass sie erst dann wieder einen Mercedes fährt bzw. kauft, wenn zweifelsfrei feststeht, dass Daimler nicht mehr über die EADS an der Minen- und Streubombenproduktion beteiligt ist;
- o das UN-Kinderhilfswerk UNICEF DaimlerChrysler wegen seiner Beteiligung am Rüstungskonzern EADS die Aufnahme in die Liste der Sponsoren verweigert hat;
- o DaimlerChrysler aus der „Global Climate Coalition“, einem Anti-Klimaschutz-Bündnis der Industrie aussteigen musste,
- o DaimlerChrysler als erster deutscher Automobilkonzern die serienmäßige Einführung des Rußpartikelfilters in seine Fahrzeugflotte ankündigte - was dennoch viel zu spät erfolgte;
- o DaimlerChrysler eine Kommission zur Aufklärung des Schicksals verschwundener Mercedes-Betriebsräte während der argentinischen Militärdiktatur eingesetzt hat

5. Welche Ziele wurden erreicht

Über Rüstungsgeschäfte, Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit wurde in den Hauptversammlungen deutscher Aktiengesellschaften bis Anfang der 80er Jahre nicht diskutiert. Wo früher nur gefragt wurde, warum die Dividende nicht höher ausfällt, mussten die Manager plötzlich beantworten, wie sie umwelt- und gesundheitsschädliche Produkte rechtfertigen wollen. Selbstverständlich haben die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre nicht die Illusion Abstimmungsmehrheiten in Hauptversammlungen erzielen zu können. Aber sie stellen Öffentlichkeit für rücksichtslose Geschäftspraktiken her und setzen die Manager unter Druck. Das führe zu Verbesserungen, weil die Konzerne auf ein positives Image angewiesen sind. Im Laufe der Jahre führte manche Kampagne zum Erfolg. So setzte die Schering AG ihre Arbeiter in Peru nicht mehr giftigem Formaldehyd und schädlicher UV-Bestrahlung aus, und die Deutsche Bank widerrief eine Kreditzusage für ein Projekt in Griechenland, bei dem Gold mittels Zyanid gewonnen werden sollte. UNICEF verweigerte nach Hinweisen der Kritischen Aktionäre DaimlerChrysler wegen Beteiligung am Rüstungskonzern EADS die Aufnahme in seine Sponsoren-Liste und strich den deutsch-amerikanischen Konzern sogar bis auf weiteres von seiner Lieferantenliste.

Vieles deutet darauf hin, dass in Zukunft die Regelungsfähigkeit des Staates zugunsten der als „global player“ operierenden Konzerne weiter noch abnehmen wird. In diesem Zusammenhang können die national und international agierenden Nichtregierungsorganisationen eine neue Rolle als Kontrollinstanz übernehmen. Als Teil der sich herausbildenden „Gesellschaftswelt“ (Czempiel) nehmen sie nicht nur eine kritische Position gegenüber den Staaten und ihren Regierungen ein, sondern auch gegenüber Wirtschaftskonzernen. So verstehen sich auch die Kritischen Aktionärinnen und Kritischen Aktionäre. ■

Verein Freunde & Förderer der Ökobank

Ökobank - OekoGeno eG

von Bernd Steyer

Vorgeschichte: Verein Freunde und Förderer der Ökobank

Im November 2005 fand in Frankfurt eine Mitgliederversammlung der OekoGeno eG, der Gründungs-genossenschaft der Ökobank statt. In einer Sitzungspause von 10 Minuten wurde das Leben des Gründungsvereins, mit einem Liquidationsbeschluss beendet.

Dieser Verein wurde 1984 unter dem Namen „Verein Freunde und Förderer der Ökobank“ gegründet. In ihm fanden sich die unterschiedlichsten Teile der sogenannten „Neuen sozialen Bewegungen“ zusammen. Er wurde zum basisdemokratischen Motor für ein Projekt, das 2001, ob nicht unerheblicher Probleme, mit sanftem Druck abgewickelt und anthroposophisch versorgt wurde, um dann letztendlich als Fremdkörper bei der Gemeinschaftsbank nicht nur mit dem Logo unterzugehen.

Die 1984 schon gestandenen Aktiven einer in die Jahre gekommenen Bewegung wollten den alten linken Traum von der eigenen Bank verwirklichen, was dann 1988 mit der Gründung der Ökobank gelang.

Zu den nicht unerheblichen offiziellen Hürden auf den verschiedensten Ebenen, stellte sich das Projekt immer wieder selbst genügend Fallen, die ob der Breite der Bewegung nicht verwunderlich waren und im Rückblick als das notwendig harte demokratische Ringen um Transparenz, Meinungsvielfalt und Geschlechtergerechtigkeit gewertet werden können.

Es war neben der TAZ das Projekt der „Alternativen“. Großen Teilen der Bewegung ging es vor allem darum, sich abzugrenzen, eigene Lebensräume abzustecken und diese lebenswert im Sinne einer Gegenökonomie zu gestalten.

Dass die Idee von der Bewegungsbank dann tatsächlich real und dazu modellhaft eine wirklich neue Bank „gestrickt“ wurde, konnte nur in dieser Zeit geschehen. Es war eine Bankgründung nach dem alten genossenschaftlichen Prinzip der Selbsthilfe. Im Nachkriegsdeutschland war es die einzige Bankgründung bei der der politisch-ökologische Gründungs-

wille nur deswegen real werden konnte, da ökonomisch die „petit gens“ auch das Kapital zusammentrugen und keine fremden Kapitalinteressen im Spiel waren. Die Anti-AKW, wie die Friedensbewegung lieferten zu der politischen Motivation noch den Slogan: „nehmt den Banken das Geld weg“ und gaben damit das monetäre Signal zur Gründung der Bank, für die auch der zeitgemäß passende Namen gefunden wurde: „Ökobank“.

Das Konzept der Bank war durch die Infragestellung des Zinsprinzips angelehnt an die damals schon bestehende Gemeinschaftsbank. Die GLS hatte im Vorfeld das politisch-ökologische Kapital, das durch die Bürgerbewegungen auf der Suche nach einer neuen Heimat war, verschmäht.

Es war zunächst, trotz des sinngebendem Namen, ein rein politisches Unternehmen, von Selbstverwaltungsprojekten getragen, die eine Finanzierungsalternative zu den Bittgängen bei den klassischen Banken suchten. Natürlich wurde, in wesentlich stärkerem Maße als es sich heute vermitteln lässt, in den Großbanken auch der Klassenfeind dazu mit Vergangenheit gesehen, zu Recht, wie die 2006 erschienene Historie der Dresdner Bank (das grüne Band der SS) stellvertretend belegt.

Gleichzeitig gab es aber auch eine Gewissheit, dass ungebremstes Wirtschaftswachstum mit den weltweit täglich zirkulierenden 1000 Milliarden Dollar, auf der Suche nach höherem Zins, keine Antwort auf die sich abzeichnenden Probleme: Ressourcenverbrauch und Klimaveränderung sein können.

Innerhalb von vier 4 Jahren entwickelte dieser Verein der Freunde der Ökobank ein republikdeckendes Netz von letztendlich knapp 30 Initiativen, die sich damals noch anfänglich ohne Internet oder email organisierten. Die Freiburger Gruppe hatte z.B. einen konstanten Stamm von ca. 20 Aktiven, die sich regelmäßig trafen. Die Delegierten nahmen Sprecherfunktionen bei den mehrmals jährlich stattfinden Treffen des Vereins wahr.

Keimzelle des „konspirativen“ Vereins war die Krebsmühle in Oberursel, selbst ein Wahrzeichen von Gegenökonomie und

gleichzeitig auch Mutterschoß einiger Aktivisten der ersten Stunde.

Natürlich war es weitestgehend eine an Universitätsstädten virulente Bewegung. Die Beteiligung von Frauen aus eigenen Netzwerken bereicherte bald die Bewegung und durch die Umweltaktivisten wandelte sich relativ schnell die anfangs politische Gründungsidee zu einer „grünen“ emanzipativen Idee.

Fast fünf Lebensjahre wurden investiert, um den Verein als Träger zu stärken, das Bankkonzept zu entwickeln und das notwendige Gründungskapital einzusammeln. Der Verein hatte zu besten Zeiten ca. 1500 Mitglieder, die einen Jahresbeitrag von 60.- DM leisteten. Dem Verein gelang es aber 12.000 GenossInnen der ersten Stunde zu werben, die dann ca. 8 Mio. DM Gründungskapital aufbrachten.

Die Rechtsform der zukünftigen Bank stand nie in Frage, eine solche „Ökobank“ konnte nur als eine Genossenschaft firmieren, um demokratische und transparente Mitbestimmung zu gewährleisten. Dass dies im Olymp der Götterväter des genossenschaftlichen Bankwesens keine Begeisterung auslöste, war zu erwarten. Der Glanz genossen- wie gewerkschaftlicher Bewegung, war durch Filz, Patronage & Insolvenz schwer beschädigt, die damaligen Skandale klangen noch nach: Neue Heimat (1982), Coop & BfG (1985) & dann baten die so genannten „Turnschuhbanker“ um Einlass in den Club, um eine transparente und basisdemokratisch legitimierte Bank gründen zu wollen.

2. Mai 1988 Eröffnung der Ökobank in Frankfurt BLZ 50090100

Trotz der vielen Hürden gelang die Bankgründung und mit 5 Mitarbeitern startete das 1. Team in Frankfurt am Luisenplatz.

Allerdings war der Start aus mehreren Gründen zunächst instabil, der Verein brachte Schulden in die Bank ein, denn der Zins aus dem Treugeld der zukünftigen Bankgründer reichte bei weitem nicht, um die Gründungskosten zu zahlen. In den ersten Jahren fiel daher das Ergebnis noch negativ aus. Erst durch einen mutigen Schritt der Bankmitgründer, die nämlich über 3 Millionen DM in Form eines Sicherheitsbriefes zeichneten, wurde der Ökobank der Eingang in den Sicherheitsfonds der Genossenschaftsbanken gewährt. Dies war dann der entscheidende Schritt zum zukünftigen Wachstum.

Über die Bankaktivitäten kann ich nur aus einer gewissen Nähe heraus berichten, ich war nie Angestellter der Bank. Und im AR der Ökobank hing ich kurzfristig noch dem naiven Glauben an, dass der BVR* die Bank tatsächlich retten wollte.

* (Bundesverband d. Volks- & Raiffeisenbanken)

Das Förderprinzip der Bank basierte darauf, das Zinsverzicht geleistet werden konnte, der dann an die zu fördernden Projekte weitergegeben wurde. Dem Verzicht der Sparer auf Zins, oder marktgerechten Zins, stand der Vorteil bei den Kreditnehmern gegenüber. Die Bank war Mittler, mit hoher Verantwortung für den ethisch korrekten Einsatz des Geldes und hatte dazu das erhebliche Risiko, denn die kreditnehmenden Betriebe verhielten sich nicht immer kongruent zu dem Vertrauensvorschuss der eigentlich durch die Sparer gewährt wurde.

Ich möchte aus meiner heutigen Sicht ein paar zentrale Thesen des Scheiterns aufzustellen:

1. Der Erfolg wurde organisatorisch nicht verkräftet.
2. Mit dem zunehmenden Erfolg der Bank entkoppelte sich –trotz Anstrengungen der Bank hinsichtlich der Regionalgruppen- die Bewegung.
3. Die Einstellungspolitik der Bank war häufig unglücklich, da „Stallgeruch“ wichtig war. Hinzu kam, dass sich die Bank in einen ständigen Diskussionsprozeß mit sich selbst befand.
4. Dies hatte auch zur Folge, dass junge und damit günstigere Kräfte einer gestandenen Professionalität vorgezogen wurden.
5. Durch den Zinsverzicht wurde Ineffizienz überdeckt.
6. Das jährlich zweistellige Wachstum verlangte nach mehr Wachstum.
7. Damit einher ging risikoreicheres Geschäft.
8. Klumpenrisiken (Recycling & Rommelmühle) gaben den Ausschlag.

Ein Hinweis zu den Krediten die letztendlich der Bank den Todesstoß gegeben haben. Es waren 3 große Kredite im Recyclingbereich, die kurz nacheinander insolvent wurden. Hier liegt der Vorwurf auf der Hand, das die dort vergebenen Kredite eine unverhältnismäßige Risikoballung darstellten.

Bei dem Ökokaufhaus Rommelmühle kam noch die Insolvenz des Bauträgers erschwerend hinzu. Diese ca. 15 Mio. DM Kreditausfall konnte die Bank mit Ihrer Eigenkapitalstruktur nicht mehr stemmen.

Da es sich bei den Krediten um Konsortialkredite (die SGZ Bank finanzierte zu 50% mit) handelte, kann man insofern die Ökobank von einer schlechten Kreditprüfung freisprechen, denn alle Beteiligten haben diese Kredite geprüft und genehmigt.

Allerdings parallel mit dem Wachstum kam es in vielen Bereichen, der Bank, eben nicht nur bei den Krediten zu Nachlässigkeiten und Fehlern, sondern es wurden Altlasten, die über die Jahre in den Prüfungsberichten gerügt wurden weitergeschleppt und nicht abgestellt. Daher kann hier auch von einem Versäumnis des Prüfungsverbandes gesprochen werden. Erstaunlich ist die Entwicklung der Filiale Freiburg, die sehr schnell profitabel war und durch den engen Kontakt zum Kunden nur von kleinen Insolvenzen heimgesucht wurde.

Sanierung

Bei der „Sanierung“ der Ökobank zeigte sich, dass die Bank durchaus als ein genossenschaftlicher Symphatieträger von Teilen der Verbandsfunktionären angesehen wurde, vielleicht auch nur, weil die Ökobank eine lebendige und sehr demokratische Genossenschaft war. Vielleicht waren dies auch nur nostalgische Erinnerungen an eine gute alte Zeit der Genossenschaftsbewegung. Letztendlich aber blieb die Ökobank die ungeliebte „Turnschuhbank“, die auf oberster Ebene gezielt „geschlachtet“ wurde. Der RV Slogan: „wir machen den Weg frei“ gilt nur für die enge Familie. Die Sanierung der Ökobank durch Rückgriff auf das Eigenkapital der Gründer bleibt bislang einmalig im Nachkriegsdeutschland. Daher muss jedes Mitglied der Ökobankgenossenschaft es als Hohn empfinden, wenn in jeder Broschüre einer Volksbank nachzulesen ist, dass seit mehr als 70 Jahre kein Kunde einer angeschlossenen Bank einen Verlust seiner Anteile erlitten hat.

OekoGeno eG

Die Namensänderung wurde nötig, da OekoGeno keine Banklizenz mehr hat und folglich auch keine Bankgeschäfte betreiben kann.

OekoGeno hat weitestgehend die Satzung der Bank beibehalten und versteht sich heute als eine ökologisch soziale Beteiligungs- und Beratungsgenossenschaft.

Leider hatte OekoGeno seit 2001 einen mehrjährigen Stillstand in der Geschäftsentwicklung, da der Vorstand die Angebote zur Kooperation und dann Fusion mit der Gemeinschaftsbank ernsthaft verfolgte. Die Angebote der Gemeinschaftsbank waren wohl aber nicht ernst gemeint, denn als die Verträge zur Unterzeichnung vorlagen, verlangte –nach 2 Jahren Verhandlung- die GLS überraschend die freiwillige Liquidation.

Somit wurde der Weg in die Selbständigkeit mehr oder weniger erzwungen und das entwickelte 3B Konzept: „beraten, beteiligen und betreuen“ war der Startschuss für die anschließend gegründete Beteiligungs GmbH, die sich an bislang acht nachhaltig-ökologischen Firmen beteiligt hat. Die Beteiligungsfirmen kommen aus den Bereichen Abwasserberei- tung, Extremschmutzbeseitigung, Naturkost, Gesundheit und natürliche Öle. Die Beteiligungsfirma wird von einem ehemaligen Gründer der ABS Bank Schweiz, geleitet.

Die Genossenschaft selbst kann heute 2006, seit Mitte des Jahres etwa, den Mitgliedern wieder durch Kooperationen und Vertriebsvereinbarungen einen breiten Fächer ökologisch-ethischer Produkte anbieten. Vom sozial-ethischen Sparbuch bis zur Riester-Rente für Frauen, wobei neben interessanten Rabatten vor allem eine fundierte & kostenlose Beratung das besondere Angebot für die Mitglieder ist.

Vor einem Monat hat wir dazu noch ein eigenes Produkt auf dem Markt gebracht, den OekoGeno SolarFonds 1, dessen Besonderheit darin besteht, dass über die Wahlmöglichkeit der Ausschüttungsverwendung ein ansehnliches Gesamtergebnis erzielt werden kann. ■

Hebel der Veränderung - Geld wirkt für gesellschaftlichen Wandel

von Gisela Notz

Geld ist eine wichtige Ressource (nicht nur, aber auch) für politische Initiativen, die sich für den gesellschaftlichen Wandel einsetzen wollen. Als die Initiatoren der Bewegungsstiftung mich zu Beginn des Jahres 2002, also vor ihrer Gründung fragten, ob ich, als für meine feministischen Positionen bekannte und selbst aus der Frauenbewegung kommende Wissenschaftlerin im Stiftungsrat mitarbeiten wolle, sagte ich zunächst, ich hätte schon so viele Ehrenämter und vor allem viel ehrenamtliche Arbeit. Sie ließen nicht so schnell locker und schickten mir die Unterlagen. Als ich diese durchgelesen hatte, damals waren sie noch spärlich vorhanden, jetzt füllen sie viele Aktenordner, war ich überzeugt - wohlgerne: nicht überredet - und sagte: „o.k., dann habe ich eben ein weiteres Ehrenamt.“ Die damals elf, überwiegend jungen StifterInnen kannte ich zum großen Teil nicht; die meisten kamen selbst aus sozialen Bewegungen. Ihre Idee: Menschen, die etwas Geld haben, vernetzen sich, um Protest-, Mobilisierungs- und Widerstandsbewegungen zu unterstützen, faszinierte mich. Wusste ich doch selbst aus meiner langjährigen Arbeit in der Zeitschrift „beiträge zur feministischen theorie und praxis,“ einem autonomen Frauenprojekt, wie viel Zeit, Kraft und auch Geld es kostet, in Initiativen zu arbeiten, die von keiner Seite finanzielle Unterstützung zu erwarten haben.

Die BewegungsstifterInnen sind in der Zwischenzeit über 60 geworden und sie vernetzen sich zu einer Zeit, in der vor allem jungen Menschen nachgesagt wird, dass sie „ihre Kugel alleine schieben“ wollen, was der Amerikaner Robert Putnam das „Bowling alone Symptom“ nennt.

Man kegelt nicht mehr im Verein, sondern alleine. „Man“ - das sind natürlich immer die Anderen. Sie werden für die vorhergesehene soziale Eiszeit verantwortlich gemacht.

Auf der anderen Seite erleben wir immer wieder, oder erfahren es über Presse- und Fernsehberichte, dass Menschen, die sich mit anderen gemeinsam für den Wandel für ein besseres Leben einsetzen, beschimpft werden, mit Wasserwerfern und Schlimmerem traktiert oder gar in Gefängnisse geworfen werden. Das kritische Denken, das notwendig ist, um widerständige Aktionen zu planen und um MitstreiterInnen zu gewinnen, ist eines der wichtigsten bildungspolitischen Güter. Wenn uns lebensfähige demokratische Verhältnisse ernsthaft

wichtig sind, brauchen wir Menschen, die ihren Mantel nicht dauernd nach dem gerade wehenden Wind ausrichten.

Die Menschen, die sich in der Bewegungsstiftung und in einigen der hier anwesenden anderen Stiftungen zusammengeschlossen haben, wollen Geld nicht über den Staat, sondern selbstbestimmt umverteilen. Sie tun Gutes und reden auch über die Missstände, über das, was ihnen nicht gefällt.

Sie wollen sich nicht damit begnügen, Almosen zu geben. Das ist in unserer Ellbogengesellschaft mit dem vielen Herausgefallenen (dem „abgehängten Prekariat“, um einen „modernen“ Begriff aufzunehmen) unbedingt notwendig. Ihnen reicht es aber nicht zu helfen, dass sozialstaatliche Kosten gespart werden und Wunden geheilt werden, die das bestehende System verursacht hat. Auch dann nicht, wenn die Strukturen, die zu den Verletzungen geführt haben, als unabänderlich hingestellt werden oder wenn gar die Betroffenen selbst als „Schuldige“ verantwortlich gemacht werden. Das Einrichten von „Tafeln“ mit aussortierten Lebensmitteln für Arme und Hilfsbedürftige schützt die Zukurzgekommenen vor dem (Ver)hungern. Das ist wichtig. Niemand bestreitet das, so lange es Hungerige gibt. Es mindert jedoch den Reichtum der Wohlhabenden ebenso wenig, wie es das Verteilen der Armensuppe der „besser gestellten Damen“ zu Beginn der Industrialisierung getan hat. Es ist aber geeignet, das soziale Prestige der Wohltätigen zu mehren und die Hungernden zu demütigen. Sie sind die Bittstellerinnen und sie bleiben arm.

„Wer Geld hat, kann es verprassen - oder anderen Gutes tun“, so ähnlich schrieb die taz im Jahr 2001 über die Idee der Bewegungsstiftung. Er kann aber auch mit dem Geld versuchen, dafür zu sorgen, dass weniger Menschen in Notlagen geraten. Die Gruppe vermögender Menschen wächst, die sich die Frage stellen, wie sich über Fürsorge und Almosen hinaus Geld einsetzen lässt, um einen langfristigen gesellschaftlichen Wandel einzuleiten. Diese Menschen wollen mit Stiftungen, Spenden oder ethischen Investitionen einen Beitrag leisten zu einem würdigen Leben für alle, in einer Welt, in der es niemandem an dem fehlt, was er oder sie zum guten Leben braucht. Dazu gehören die Stifterinnen und Stifter der Bewegungsstiftung.

Die Bewegungsstiftung, und auch einige andere der heute hier versammelten Stiftungen unterstützen Menschen und Projekte, die von offizieller Seite weder entlohnt noch belohnt werden und kaum Orden bekommen und die sich ebenfalls diesem Ziel verschrieben haben. Sie investieren in Versuche, die „gegen die alles durchdringende Kälte angehen“, indem sie „direkt an die gesellschaftlichen Wurzeln rühren, das heißt, an die gesellschaftliche Ordnung, die die Kälte produziert und reproduziert“ (T.W. Adorno). Und sie wollen Alternativen aufzeigen, sie wollen einen Zuwachs an Lebensqualität für alle Menschen.

Freilich wird es notwendig, eine Vorstellung vom viel zitierten „guten Leben“ oder von der „anderen Welt“, die möglich ist, zu entwickeln. Das ist unumgänglich, wenn wir nicht auf der Stelle treten wollen, oder mit der Politik der kleinen Schritte plötzlich vor dem Abgrund stehen wollen. Weltweite Arbeit an konkreten Utopien ohne Unterdrückung von Menschen durch Menschen und ohne weiteren Raubbau an der Mit- und Umwelt ist eine Aufgabe für die Zukunft. Für die Rolle der Wissenschaftler im Zusammenhang mit diesem Prozess gilt, was Pierre Bourdieu über deren Aufgabe innerhalb der neuen sozialen Bewegungen sagte: „Es gilt, neue Kommunikationsformen zwischen Forschern und politisch Aktiven bzw. eine neue Arbeitsteilung zwischen ihnen zu erfinden“. Deshalb habe ich mich entschlossen, im Stiftungsrat mitzuarbeiten. Freilich will ich auch als Wissenschaftlerin politisch aktiv sein. Gerade die Geschichte der Frauenbewegung zeigt, dass soziale Bewegungen die Macht zur Veränderung haben, sonst dürften hier gar keine Frauen sitzen. Denn bis 1908 galt das preußische Vereinsgesetz von 1950. Der § 9 dieses Gesetzes lautete: „Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, dürfen keine Frauenpersonen, Schüler und Lehrlinge als Mitglieder aufnehmen.“ Es war ein langer Kampf, bis Frauen sich organisieren konnten.

Das gesamte Nettovermögen in Deutschland ist zwischen 1998 und 2003 um knapp 20 % von 4,2 Billionen auf rund 5 Billionen gestiegen. Das könnte ein Anlass zur Freude sein. Wenn es nicht die Mehrheit der Bevölkerung wäre, die von dem Zuwachs gar nichts abbekommen hätte. 2003 besaßen 10 % der reichsten Haushalte bereits 47 % des gesamten Nettolohnes; die Tendenz ist steigend. Die Reichen werden immer reicher, die Armen werden immer zahlreicher und immer ärmer.

Die Wohlstandskluft zwischen den armen Staaten des Südens und den reichen Staaten des Nordens nimmt ebenfalls zu. Kriegerische Auseinandersetzungen, krankmachende Lebens- und Arbeitsbedingungen, Gewalt und Umwelterstörung nehmen immer größere Ausmaße an.

Bisher unterstützt nur eine Minderheit der ökonomischen Gewinner dieser Situation die notwendigen Schritte hin zu mehr Gerechtigkeit. Nur wenige derjenigen die zu den Reichen zählen fordern den Umbau des Steuersystems, eine andere Verteilung des Reichtums, Transfers in die Armutsregionen der Welt, Zuwachs an Lebensqualität für alle Menschen. Und das, obwohl Reichtum auch verpflichtet. „Wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich“, so ließ Bert Brecht den Armen zum reichen Mann sprechen.

Die heute beginnende Tagung soll solch engagierte Menschen zur Diskussion und zum Austausch zusammenbringen, vor allem darüber, wie politisch engagierte Vermögende mit Spenden und Investitionen bewusst Einfluss nehmen können und wie sich Geld einsetzen lässt, um gesellschaftlichen und Wandel einzuleiten und langfristig als Hebel der Veränderung zu wirken.

Leben, Umwelt und Arbeit - nicht nur die Erwerbsarbeit - haben sich in den letzten Jahrhunderten, ja gerade in den letzten Jahrzehnten, in der globalisierten Welt rasant verändert. Nicht immer waren die Veränderungen für Menschen und ihre Mit- und Umwelt positiv. Wir werden auch daran arbeiten müssen, wie das Verändern verändert werden kann.

Vielleicht gelingt es, durch solche Tagungen, die Idee der Unterstützung des Wandels, hin zum guten Leben oder zur anderen Welt, von deren Möglichkeit immer mehr Menschen überzeugt sind, in immer weitere Kreise zu tragen, um die Ursachen der wirtschaftlichen und sozialen Mängel erkennbar zu machen und strukturelle Veränderungen der Gesellschaft einzuleiten. In diesem Sinne wünsche ich uns allen konstruktive und weiterführende Diskussionen darüber, wie und wo der Hebel der Veränderung angesetzt werden soll, um auch in einem transnationalen Raum wirksam werden zu können. ■

Soziale Bewegungen nehmen Einfluss auf Unternehmen

von Ingeborg Wick

In den letzten 30 Jahren ist in vielen Ländern eine neue soziale Bewegung entstanden, die sich parallel zur Gewerkschaftsbewegung mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen weltweit befasst.

Diese Entwicklung vollzog sich vor dem Hintergrund umwälzender Restrukturierungen der Weltwirtschaft seit den 70er Jahren.

Globalisierung: Soziale Polarisierung

Seit den 70er Jahren verlor das von Ford geprägte Wirtschaftsmodell, wie es sich in der Wirtschaftspolitik des Westens seit Ende des 1. Weltkriegs durchgesetzt hatte, allmählich an Bedeutung und wurde durch den Neoliberalismus ersetzt. Der Fordismus war durch stetes Wirtschaftswachstum, hohe Gewinnmargen, regelmäßige Lohnerhöhungen, geringe Arbeitslosigkeit und wachsende Kaufkraft der VerbraucherInnen gekennzeichnet. Die Mehrheit der Menschen in den Industrienationen wurde durch soziale Leistungen und Einrichtungen geschützt, während die meisten Menschen in den Entwicklungsländern in sozialer Unsicherheit lebte und alles daran setzte, um auch in diesen Genuss zu kommen. Mit dem Entstehen des Neoliberalismus und seiner Politik der Liberalisierung und Deregulierung stieg jedoch der Einfluss privaten Kapitals. Globalisierung wird seither mit der weltweiten Umsetzung der Grundsätze des „Washingtoner Konsensus“ gleichgesetzt, bei dem es um Liberalisierung der Finanzmärkte, des Handels und der Investitionen und den Abbau des öffentlichen Sektors vor allem im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ging.

Infolge neoliberaler Globalisierung wird die Kluft zwischen Reich und Arm überall auf der Welt größer. 1960 belief sich das Verhältnis im Einkommen der reichsten 20% und der ärmsten 20% auf 30:1. Diese Zahl stieg auf 60:1 im Jahr 1990 und auf ungefähr 75:1 zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Die soziale Polarisierung nimmt sowohl zwischen wie innerhalb der Länder auf dieser Welt zu.

Die Einführung flexibler Beschäftigungspraktiken auf den Arbeitsmärkten brachte eine Senkung des Niveaus der sozialen Sicherheit für die Mehrheit der Beschäftigten mit sich. Die Informalisierung der Beschäftigung ist ein Nebenprodukt der Neuausrichtung unternehmerischer Geschäftspolitik hin zu Standortverlagerungen in billigere Gegenden dieser Welt. Gegenwärtig arbeitet ein Viertel der Beschäftigten weltweit in der informellen Wirtschaft und generiert dabei ein Drittel des globalen BIP. In den 90er Jahren entstanden annähernd 90% aller neugeschaffenen Arbeitsplätze in Afrika in der informellen Wirtschaft.

Als Anfang der 80er Jahre die Schuldenkrise einsetzte, bestanden die Weltbank und der IWF auf „Strukturanpassungsprogrammen“ der Entwicklungsländer und forderten eine Senkung der Staatsausgaben für Beschäftigung und Sozialprogramme sowie die Öffnung der Märkte für Investitionen aus dem Ausland. Dies brachte eine wachsende Zahl von Verletzungen der Arbeitnehmer- und Menschenrechte und größere Umweltschäden mit sich. Standortverlagerungen und globale Aufteilung der Produktion versetzten die multinationalen Unternehmen in die Lage, sich nationalen Arbeitsgesetzen zu entziehen und vom inter-



INGEBORG WICK

nationalen Wettbewerb zwischen kostengünstigen Produktionsstandorten zu profitieren. Während also die multinationalen Unternehmen mehr Einfluss auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung einzelner Länder und der internationalen Gemeinschaft gewannen, wurden Sozialstandards ständig weiter abgebaut.

Die arbeitsintensive Produktion ist zunehmend in „Freie Exportzonen“ (FEZ) und in die informelle Wirtschaft der Entwicklungs- und Schwellenländer ausgelagert worden. Abgesehen vom Elektronik-Bereich beherrschen Textil- und Bekleidungs-/Sportschuhindustrien die Produktion in den über 3000 FEZ von 116 Ländern, in denen insgesamt 43 Mio. Beschäftigte arbeiten. In vielen dieser FEZ gelten nationale Arbeitsgesetze nicht. Sie zeichnen sich außerdem dadurch aus, dass gewerkschaftliche Aktivitäten verboten sind oder behindert werden. Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten in den EPZ - in einigen Fällen bis zu 90% - sind Frauen der Altersgruppe von 18 bis 25.

Das in den FEZ und der informellen Wirtschaft vorherrschende Modell weiblicher Beschäftigung kommt nicht von ungefähr. Die Beschäftigung von Frauen verschafft den Unternehmen zahlreiche Vorteile: erstens sind deren Löhne niedriger als die der Männer - und das gilt auch für hoch industrialisierte Länder. Zweitens haben die jungen Frauen, die häufig vom Land stammen und hoch motiviert sind, zum ersten Mal ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, keine Möglichkeiten, ihre Arbeitsbedingungen mit denen anderer Beschäftigter zu vergleichen. Und drittens lässt die Doppelbelastung durch unbezahlte Arbeit in der Familie und bezahlte Beschäftigung den Frauen kaum genügend Zeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Und selbst wenn sie sich organisierten, ständen sie noch immer vor dem Problem, dass viele Arbeitsplätze für Frauen schlecht bezahlt oder Teil der sozial ungeschützten informellen Wirtschaft in eben jenen arbeitsintensiven Industrien sind, in denen die Gewerkschaften in ihren Organisierungsbemühungen in den letzten Jahrzehnten überall auf der Welt an Boden verloren haben.

Außerkräftsetzung von Arbeits- und Sozialrechten

Vor diesem Hintergrund verloren nationalstaatliche und überstaatliche Regelungen im Arbeits- und Sozialrecht zunehmend an Wirkung.

Eine erste Kodifizierung von Arbeitnehmerrechten auf internationaler Ebene war 1919 mit dem ersten international verbindlichen Übereinkommen gelungen, das die neu geschaffene „Internationale Arbeitsorganisation“ (IAO) beschloss. Die IAO setzt sich aus Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgebern zusammen. Bis heute wurden 185 Übereinkommen

zum Schutz der Arbeitnehmerrechte von der IAO verabschiedet, darunter 1998 die für alle Mitgliedsländer der IAO verbindliche „Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit“. Infolge mangelnder Sanktionsmöglichkeiten erwiesen sich die Übereinkommen der IAO in der Praxis jedoch allzu häufig als unwirksam. Ähnliche Defizite bremsen Bestrebungen der OECD, UNCTAD und der UN-Kommission für Transnationale Unternehmen, die TNU völkerrechtlich wegen ihrer sozialen Verpflichtungen zur Rechenschaft zu ziehen. Seit 2004 liegt der UN-Menschenrechtskommission (heute „UN-Menschenrechtsrat“) ein Entwurf für „UN-Normen für die Verantwortlichkeit transnationaler Unternehmen und anderer Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte“ vor, in dem ein neuer Versuch in dieser Richtung unternommen wird.

Aufgrund der zunehmenden praktischen Außerkräftsetzung arbeits- und sozialrechtlicher Regelungen haben Nichtregierungsorganisationen (NROs) und Gewerkschaften in den letzten Jahren handelsbezogene Initiativen gestartet, die eine ethische Produktion und einen ethischen Konsum zum Ziel haben. Zu ihnen zählen der alternative Handel und Sozialsiegel, WTO-Kampagnen, Rahmenvereinbarungen, Weltbetriebsräte, globale Gewerkschaftsnetzwerke sowie Verhaltenskodizes.

Initiativen / Instrumente zur Verbesserung von Arbeits- und Sozialstandards

In den frühen 70er Jahren nahmen Organisationen, die alternativen Handel anstrebten, direkt Beziehungen zu Erzeugern in den Entwicklungsländern auf und boten ihnen Handelskonditionen, die über denen der normalen Handelsgesellschaften lagen. Verbraucher in Ländern des Nordens begannen, nach ethischen Kriterien einzukaufen, indem sie Produkte der Entwicklungsländer bevorzugten, um damit die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, die diese Erzeugnisse hergestellt hatten. Eine vielschichtige solidarische Bewegung aus Kirchen, Verbraucher- und Frauengruppen, die ihre Aktivitäten vor allem auf Tausende von „Eine-Welt-Läden“ in den Niederlanden, der Schweiz, Deutschland, Schweden u.a. konzentrierten, machte sich für ethischen Konsum zur Unterstützung ethischer Produktion und ethischen Handels stark. Zwar ist der internationale Marktanteil fair gehandelter Güter mit ca. 0,1% heute noch immer relativ gering, aber die „Eine-Welt-Läden“-Bewegung des Nordens mit ihren Kontakten zu Partnern im Süden stellt inzwischen in vielen Gesellschaften dieser Welt einen stabilen politischen Faktor dar. Immerhin kommt der Handel mit über 700 Produkten des fairen Handels heute ca. 5 Mio. Menschen in 61 Entwicklungsländern zugute. Im Jahr 2004 erreichten die weltweiten Umsätze einen Wert von über 600 Mio. EURO.

In den 80er Jahren wuchs weltweit die Kritik am GATT - dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen - angesichts wachsender Armut in den verschuldeten Entwicklungsländern. Als die WTO 1995 die Nachfolge der GATT-Organisation antrat, provozierte ihre noch weitergehende Liberalisierungspolitik und die Missachtung sozialer Ungleichheiten im Welthandel erheblichen Protest. Gegenwärtig konzentrieren sich gewerkschaftliche Kampagnen zur Achtung von Arbeitnehmerrechten im Rahmen der WTO nicht nur auf den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Handel und Arbeitsnormen, sondern auch auf Themen wie demokratische Regierungsführung, Schuldenerlass, Armutsbekämpfung und Umweltschutz. Eine Reihe von NRO unterstützen jedoch Entwicklungsländer, die sich gegen die Aufnahme sozialer und Umweltstandards in Handelsabkommen sträuben, weil sie dadurch Einschränkungen von Exportchancen und Protektionismus aufseiten der Industrieländer befürchten.

Eine direkte gewerkschaftliche Antwort auf die sozialen Herausforderungen der Globalisierung sind Internationale Rahmenvereinbarungen, die globale Gewerkschaftsföderationen und transnationale Unternehmen (TNU) abschließen, sowie Weltbetriebsräte und globale Gewerkschaftsnetzwerke. Es gibt heute 43 internationale Rahmenvereinbarungen, die für 3,7 Mio. Beschäftigte gelten. In einigen Fällen konnten spürbare Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erreicht werden. In Branchen mit extensiver globaler Beschaffung sind diese Abkommen jedoch schwer durchsetzbar. Seit 1995 wurden in sechs multinationalen Unternehmen wie z.B. VW, Renault und DaimlerChrysler, Weltbetriebsräte aufgebaut, deren Informationsaustausch Arbeitnehmerrechte besser schützen soll. Daneben gibt es heute ca. 35 globale bzw. regionale Gewerkschaftsnetzwerke, in denen ArbeitnehmerInnen durch Informationsaustausch und Kooperation die Interessen von Beschäftigten multinationaler Unternehmen koordinieren (Bsp. BASF).

Seit den frühen 90er Jahren entstanden auf Druck von Verbraucherkampagnen Verhaltenskodizes für transnationale Unternehmen, in denen diese sich zu sozialen Mindeststandards in der globalen Produktion und Beschaffung einsetzen. Wie eine Studie der Weltbank von 2003 feststellt, sind die meisten der über 1000 Kodizes durch ihre mangelnde Einbeziehung von Lieferanten und Beschäftigten ineffizient. Jedoch haben global vernetzte Kampagnen auch einige positive Wirkungen erzielt, wie Verbesserungen für Beschäftigte in exponierten Einzelfällen von Arbeitskonflikten sowie das Entstehen unabhängiger Einrichtungen, die die Einhaltung von Kodex-Bestimmungen überprüfen. Zu den Kernforderungen sinnvoller Kodex-Aktivitäten zählen a) die Einbeziehung der gesamten Lieferkette eines Unternehmens, b) die Orientierung an den Sozialstandards des IBFG-Modellkodex

von 1997, c) eine unabhängige Verifizierung unter Beteiligung von Gewerkschaften und NROs, d) die Einrichtung unabhängiger Beschwerdesysteme, e) eine kontinuierliche Berichterstattung und f) eine Finanzverantwortung multinationaler Unternehmen, die sich vor allem in ihren Einkaufspraktiken gegenüber Lieferanten zeigt.

BINDENDE REGULIERUNG AUF NATIONALER UND INTERNATIONALER EBENE

Freiwillige Instrumente zur Verbesserung von Arbeits- und Sozialstandards („Soft Law“) wie z.B. Verhaltenskodizes sollen bindende gesetzliche Regelungen („Hard Law“) ergänzen.

Im Rahmen der neoliberalen Globalisierung treten die jedoch zunehmend an die Stelle bindender ordnungsrechtlicher Bestimmungen treten. Befürworter des Konzepts der unverbindlichen „Corporate Social Responsibility“ - wie die EU-Kommission und die OECD - wenden sich gegen eine stärkere Regulierung des Verhaltens von Unternehmen. Die daraus entstehenden Gefahren sind jedoch offensichtlich, wie P. Utting vom United Nations Research Institute for Social Development in Genf ausführt: "Zur Zeit richtet sich ein Großteil der Energien und Ressourcen der gesellschaftlichen Kräfte, die eine Verantwortung der Unternehmen befürworten, auf die Selbstregulierung der Unternehmen einerseits und die zivilrechtliche Regulierung andererseits. Solange sich nicht aufgrund öffentlicher Bedenken und zivilgesellschaftlicher Aktivitäten der Druck auf die politischen Parteien, Regierungen und multilateralen Organisationen erhöht, sind anderen Regulierungsansätzen zuzuwenden, sind bedeutende Entwicklungen in diesem Bereich eher unwahrscheinlich. (...) Verhaltenskodizes sind eher als politisches Streitfeld und weniger als Lösung für die Probleme anzusehen, die durch die wirtschaftliche Globalisierung geschaffen werden. Anhand entsprechender Strategien muss sichergestellt werden, dass Verhaltenskodizes bestehende gesetzliche Regelungen ergänzen und den Arbeitnehmern genügend Raum bieten, um sich zu organisieren." ■

Literaturhinweis:

Wick, I. (erscheint Anfang 2007): Werbegag oder Hebel für Beschäftigte? Ein Leitfaden für internationale Kodizes der Arbeitspraxis. Hg. Friedrich Ebert Stiftung / SÜDWIND Institut für Ökonomie und Ökumene. Bonn/Siegburg

Vom Kampf um das eigene Stromnetz - vom Rebellen zum Ökostromanbieter

von Ursula Sladek (mit Auszügen von Bernward Janzing aus „Baden unter Strom“)

Die Geschichte der Elektrizitätswerke Schönau (EWS) hat sehr viel vom Umgang mit Geld zu tun. Ohne die Bürger von Schönau, die bereit waren, ihrer Stadt Geld zu schenken, damit ein Vertrag nicht vorzeitig verlängert wurde, ohne die vielen engagierten Menschen, die die EWS in den Jahren ihres Entstehens mit Geld unterstützt haben, ohne die kreative und unbürokratische Unterstützung einer alternativen Bank wären die Elektrizitätswerke Schönau wohl niemals entstanden. Heute sind es die Kunden der Elektrizitätswerke Schönau, die mir ihrem Stromgeld gesellschaftlichen und energie-wirtschaftlichen Wandel bewirken.

Als sich am 26. April 1986 in dem ukrainischen Atomreaktor der bis dato schwerste Atomunfall der Geschichte ereignet hatte, zog in den folgenden Tagen eine radioaktive Wolke auch über Süddeutschland hinweg. In Schönau hinterließ sie Spuren: Bürger schlossen sich zur Initiative "Eltern für atomfreie Zukunft, e.V." zusammen. Sie wollten nicht mehr abwarten, bis Politiker, Energieversorger und Industrie gegen die Gefahren der Atomenergie vorgehen würden. Sie wollten selbst aktiv werden, hielten Stromsparberatungen ab, veröffentlichten Energiespartipps, schrieben Stromsparwettbewerbe aus. Und mit ungewöhnlichen Aktionen machten die Atomkraftgegner ihr Anliegen populär: Ihre Kabarettgruppe Wattkiller" ging in der Region auf Tournee.

In einem zweiten Schritt gründeten 30 Bürger von Schönau eine kleine Firma, um auch die Produktion von umweltfreundlichem Strom zu fördern. Hier machen die Bürger eine wichtige Erfahrung: selten scheitern gute Projekte am Geld. Die Aktivierung von Wasserkraftwerken und Finanzierung von Blockheizkraftwerken war möglich, weil viele engagierte Menschen lieber ihr Geld in transparente und verantwortbare Projekte zu geben, statt es anonym am Bankschalter einer Großbank abzugeben und nicht zu wissen, was damit geschieht. .

Im Jahr 1990 begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte des Schönauer Energie-Engagements. Der Konzessionsvertrag der Stadt Schönau mit dem regionalen Energieversorger, den Kraftübertragungswerken Rheinfelden (KWR) (heute Energiedienst) lief zum 31. Dezember 1994 aus und die KWR drängten naturgemäß frühzeitig auf Verlängerung. Um die Stadt für einen weiteren 20-jährigen Vertrag zu ködern, boten die KWR

an, bei einer sofortigen Verlängerung vier Jahre lang jeweils 25000 Mark zusätzlich an die Gemeinde zu überweisen. Eine Diskussion über eine ökologische Strompolitik sollte damit vermieden werden - und eine Debatte über Alternativen zu den KWR erst recht.

Doch genau diese Diskussionen wollte die Bürgerinitiative geführt sehen. Ihr erklärtes Ziel war es, für Schönau einen neuen Stromnetzbetreiber zu suchen, sofern die KWR nicht einwilligten, die Stromversorgung ökologisch auszurichten, Energiesparen zu belohnen und Strom aus privaten Blockheizkraftwerken angemessen zu vergüten. Doch trotz aller Ambitionen der Bürgerinitiative schien die Stadt im Jahre 1990 kaum eine andere Wahl zu haben, als das Angebot der KWR anzunehmen - zu verlockend war das in Aussicht gestellte Geld, und zu unrealistisch erschienen alle alternativen Überlegungen.

Die Bürgerinitiative ließ dennoch nicht locker und gründete im November 1990 die Netzkauf Schönau GbR. Diese Gesellschaft sagte der Stadt zu, die von den KWR in Aussicht gestellten 25000 Mark jährlich aus eigener Kasse zu erstatten, sofern die Stadt auf einen sofortigen Vertragsabschluss mit den KWR verzichte. In der gewonnenen Zeit wollte man ein bürgereigenes Energieversorgungsunternehmen aufbauen, das in erster Linie ökologischen Zielsetzungen verpflichtet ist. Dieses Unternehmen wollte sich dann nach dem regulären Ablauf des bestehenden Vertrages ebenfalls um die Stromkonzession der Stadt Schönau bewerben.

Da die Netzkauf zu diesem Zeitpunkt über keinen finanziellen Mittel verfügte, suchte - und fand - sie 280 Bürger, die bereit waren, in vier Jahren die notwendigen 100000 Mark aufzubringen. Auch als die KWR im Jahr 1992 den Druck erhöhten, indem sie ihr Angebot an die Stadt um 55000 Mark aufstockten, ließen die Bürger nicht locker und erhöhten ihr Angebot gleichermaßen.

Doch nicht alle 2600 Einwohner Schönaus waren von dem Projekt begeistert - auch einige Mitglieder des Gemeinderats nicht. Mit der Mehrheit von einer Stimme entschied der Rat im Jahr 1991, das ungewöhnliche Angebot der Bürgerinitiative abzulehnen und den Konzessionsvertrag mit den KWR sofort zu verlängern.

Aber die engagierten Bürger der Netzkauf gaben nicht auf. Sie leiteten sofort einen Bürgerentscheid gegen den Beschluss in die Wege. Obwohl im Wahlkampf für den Fall eines Netzkaufes durch die Bürger wahre Schreckensbilder von ungesicherter Stromversorgung und steigenden Strompreisen an die Wand gemalt wurden, gewannen die ambitionierten Netzkäufer die Abstimmung am 28. Oktober 1991 mit 56 Prozent der Stimmen – der Gemeinderatsbeschluss war damit gekippt. Die Wahlbeteiligung von 75 Prozent machte deutlich, wie sehr das Thema die Menschen in Schönau bewegte.

Somit war entschieden, dass der Konzessionsvertrag mit den KWR nicht sofort verlängert wird – ein wertvoller Zeitgewinn für die Bürger, die inzwischen in den Medien bundesweit "Stromrebell" hießen. Die Netzkauf Schönau machte sich nun – unterstützt durch viele Energieexperten aus ganz Deutschland – daran, ein bürgereigenes Energieversorgungsunternehmen auf zu bauen.

Verständlicherweise wollten die KWR den Plan der Schönauer Bürger mit allen Kräften verhindern. Zwar konnten 2600 verlorene Stromkunden das Unternehmen nicht ernsthaft beeinträchtigen, doch es sollte ein Exempel vermieden werden. Man fürchtete einen "Flächenbrand", sobald die erste Gemeinde ihr Netz zurück erwirbt, und mauerte und taktierte entsprechend.

Doch es half wenig. Die Gesetzeslage war klar: Vergibt eine Gemeinde keine Konzession mehr, dann muss der bisherige Stromversorger einpacken. Weil die KWR also juristisch keine Chancen hatten, versuchten sie mit dem Verkaufspreis die Bürgerinitiative in die Knie zu zwingen: Sie verlangten 8,7 Millionen Mark für das Stromnetz. Die Netzkauf sah diesen Preis als Wucher an, schließlich hatte sie durch einen Gutachter einen Netzwert von gerade 3,9 Millionen Mark ermitteln lassen.

Wer hatte nun Recht? Das Urteil darüber stand den Gerichten zu. Die Netzkauf entschied sich daher, gegen die Preisvorstellung der KWR zu klagen. Doch weil eine Klage das ganze Projekt um weitere zehn Jahre verzögert hätte, wurde ein anderer Weg gewählt: Man entschloss sich, die 8,7 Millionen Mark unter Vorbehalt zu bezahlen, und dann auf Rückgabe der Differenzsumme zu klagen. Damit sollte das bürgereigene Elektrizitätswerk sofort ermöglicht werden. Von den hohen Beträgen, die erst einmal aufgebracht werden mussten, ließen sich die Schönauer nicht abschrecken: Das Geld sollte durch Beteiligungen aufgebracht werden und der überhöhte Teil des Preises über Spenden.

Im Januar 1994 wurden, obwohl längst nicht alle Hürden überwunden waren, die Elektrizitätswerke Schönau GmbH

(EWS) gegründet. Hauptgesellschafter waren alle Teilhaber der Netzkauf. Um für alle anstehenden Fragen gewappnet zu sein, schlossen die EWS einen Beratervertrag mit einem benachbarten Stadtwerk ab.

Was dem Unternehmen alleine noch fehlte war die Konzession der Stadt. Doch weil sich seit den Kommunalwahlen im Jahr zuvor die Mehrheiten verändert hatten, war auch das kein Problem mehr. Und so vergab das Gremium am 20. November 1995 die Konzession an die EWS.

Nach dem Gemeinderatsvotum zugunsten der eigenen Stadtwerke sahen die EWS Gegner ihre letzte Chance. Das Instrument Bürgerentscheid hatten sie einige Jahre zuvor kennen gelernt – warum sollte dieses nicht auch mit umgekehrten Vorzeichen einen Ratsbeschluss kippen können? Und so leiteten die Gegner der Strom Reform, einen zweiten Bürgerentscheid in die Wege. Dieser sollte bewirken, dass die Konzessionsvergabe der Stadt an die EWS widerrufen wird. Der Wahlkampf wurde noch heftiger geführt als 1991, die Gegner des neuen E Werks sahen wieder einmal die Lichter ausgehen. Am 10. März 1996 mussten die Schönauer erneut an die Urnen.

Und wieder siegten die "Stromrebell." Bei einer Rekordwahlbeteiligung von fast 85 Prozent – mehr als bei jeder Bundestagswahl – wurden die EWS mit einer Mehrheit von 52,4 Prozent zum neuen Schönauer Stromversorger gewählt. Die KWR waren tief getroffen, äußerten ihr "Bedauern" und glaubten am Abend der Entscheidung an ein "unkalkulierbares Risiko für die Stadt Schönau, die Bevölkerung und insbesondere die Industrie". Aber "selbstverständlich" werde man diese Entscheidung akzeptieren. Was blieb den KWR nach dem "Schwarzwaldcoup" (so der Fernsehsender ZDF) auch anderes übrig?

Jetzt drehte sich alles um den Kaufpreis, den die KWR noch immer mit 8,7 Millionen Mark ansetzten. Für die Netzkauf war das ein "Phantasiepreis". Was in den nächsten Monaten folgte, war das wohl schwärzeste Kapitel für die KWR im ganzen Netz Streit: Im November 1996 musste der Stromversorger eingestehen, bislang mit einem viel zu hohen Netzpreis gepokert zu haben. Statt 8,7 Millionen sei das Netz nur 6,5 Millionen Mark wert; ein neues Gutachten habe dies ergeben. Die bisher stets zitierte Studie hatte zum Beispiel die Kabellängen im Ort statt korrekt mit 22 Kilometern, mit 33 Kilometern angesetzt. Im Gegengutachten der Netzkauf war immer korrekt kalkuliert worden, doch das hatten die KWR beharrlich ignoriert. "Peinlich, peinlich", kommentierte daraufhin die "Badische Zeitung" und erkannte einen "zusätzlichen Imagegewinn für die Öko Initiative".

Zwar waren die Netzkäufer noch immer der Meinung, dass auch die 6,5 Millionen Mark noch zu hoch seien, doch entsprechend ihrer Strategie "kaufen und dann klagen" sammelten sie nun Geld. Vier Millionen DM - der „richtige Preis“ nach dem Gutachten der EWS, kamen über Unternehmensbeteiligungen von engagierten Bürgern und dem „Schönauer Energiefonds“ der GLS Bank schnell zusammen. Der überhöhte Teil des Netzkaufpreises konnte jedoch nicht über weitere Beteiligungen erbracht werden, da das Projekt sonst unwirtschaftlich gewesen wäre. Daher musste das fehlende Geld über Spenden gesammelt werden - ein mutiges Unterfangen, aber es gab keine andere Möglichkeit!

Dank des kreativen Einfalles des damaligen Pressesprechers der GLS Bank konnte eine große Werbefirma motiviert werden, eine professionelle Spendenkampagne für die EWS umzusetzen. Die „Störfall-Kampagne“ wurde von der Presse begeistert aufgenommen und in der ganzen Republik verbreitet. Die Menschen, die die Schönauer Bürger in ihrem Kampf gegen die Atomwirtschaft unterstützten, waren nun die „Störfälle“ für die Atomwirtschaft. In dieser Zeit erlebten die Schönauer Stromrebelln Dinge, die sie niemals für möglich gehalten hätten. Spenden zur Unterstützung des Projektes kamen von überall und in nahezu jeder Höhe. Greenpeace und der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), der Naturschutzbund (NABU) und der World Wide Fund for Nature (WWF) riefen bundesweit zu Spenden auf, Zeitungen veröffentlichten kostenlos über Monate Anzeigen, Menschen widmeten ihren Geburtstag dem Motto „Ich bin ein Störfall“ und verzichteten zu Gunsten von Spenden auf Geschenke. Es brauchte nicht einmal ein Jahr, um das zusätzlich benötigte Geld für den Stromnetzkauf zusammen zu bekommen!

Im April 1997 stellten die neuen Elektrizitätswerke einen Betriebsstellenleiter ein, am 1. Juli 1997 um 12 Uhr übernahmen sie das Schönauer Stromnetz und damit die Stromversorgung der Gemeinde. Die geforderten 5,7 Millionen Mark überwies die Netzkauf zeitgleich an die KWR. Damit war die Anti Atom Initiative nach jahrelanger Arbeit am Ziel. Die Geschichte ging dennoch weiter. Mit einer Klage, die im November 1998 beim Landgericht in Freiburg gegen die KWR eingereicht wurde, strebten die jungen Elektrizitätswerke Schönau die Rückzahlung von 1,8 Millionen Mark an. Denn die EWS bestanden noch immer auf dem niedrigeren Preis von 3,9 Millionen Mark, den ihre Gutachter ermittelt hatten. Das Urteil erging im Sommer 2005: ein Schiedsgutachter hatte den „wahren“ Wert des Schönauer Stromnetzes mit 3,5 DM ermittelt.

Der Blick von Freunden und Gegnern der "Stromrebelln" richtete sich in den folgenden Jahren auf das neue Unternehmen: Werden die EWS ihre hoch gesteckten Ziele erreichen können? In den Leitlinien des neuen Stromversorgers wurde eine ökologisch orientierte Energieversorgung definiert. Schwerpunkte sollten ein sparsamer Umgang mit Energie und die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien sein. Entsprechend wurden angemessene Vergütungen für Strom aus Sonne, Wind und Wasser oder aus Blockheizkraftwerken (BHKW) bezahlt: Sofort mit der Netzübernahme wurde die Vergütung von Strom aus BHKW auf 13 bis 15 Pfennig je Kilowattstunde verbessert, auch Solarstrom wurde weit über den gesetzlich vorgeschriebenen Betrag hinaus vergütet.

Als im April 1998 der deutsche Strommarkt liberalisiert wurde, konnten die EWS, wie jeder andere Anbieter auch, ihren Strom bundesweit verkaufen. Natürlich werden alle Kunden, die in Schönau wie auch die bundesweiten, nur mit ökologisch einwandfreiem Strom versorgt: kein Atom, keine Kohle. Dabei geht es den EWS um mehr als den Stromverkauf Geldströme sollen umgeleitet werden, weg von zentralistischen Strukturen, die darauf abzielen, durch immer höheren Stromverkauf immer mehr Geld zu verdienen, ohne Ressourcenschonung und Zukunftsfähigkeit der Energieversorgung zu bedenken. Die Förderung dezentraler, ökologischer Strukturen ist ein Teil der Unternehmensphilosophie der EWS und soll nicht nur zu mehr Nachhaltigkeit beitragen, sondern auch zu mehr Demokratie.

Aus den anfänglichen 1800 Stromkunden in Schönau sind inzwischen 37 000 Stromkunden bundesweit geworden: Haushalts- und Gewerbekunden, aber auch große Industriekunden, wie z.B. die Firma Ritter Sport, die ihre Schokolade mit Strom aus Schönau produziert. ... und mit ihrem Stromgeld energiepolitischen Wandel unterstützt, wie die vielen anderen Schönauer Stromkunden auch! ■

SERVICE - „Wie finde ich das richtige Projekt für meine Spende?“

Ressourcen für Spenderinnen und Spender

Internetseiten

www.dzi.de - enthält eine Datenbank über ca. 2.000 Spendenorganisationen in Deutschland

www.givingineurope.org - informiert über Spendenmöglichkeiten über europäische Grenzen hinweg

www.guidestar.org - große internationale Datenbank über Spendenorganisationen

Spendenportale

www.helpdirect.org - deutsche Seiten, internationale Hilfsorganisationen

www.spenden.de - deutsche Seiten, deutsche Organisationen, auch für Ehrenamt

www.spendenportal.de - dito

www.spendenspiegel.de - insbesondere für Notarinnen und Notare

www.spendenspiegel.at

www.spendenspiegel.ch

www.spendenplanung.de

Publikation

DZI Spenden-Almanach 2005/2006, herausgegeben vom Deutschen Zentralinstitut für Soziale Fragen 2005

Jörg Martin, Frank Wiedemeier, Die besten Stiftungszwecke - 75 Ideen für soziale, ökologische und kulturelle Stiftungen, Walhalla Fachverlag, Berlin 2003

Bietet eine reiche Palette von Stiftungsideen, die auch Spenden-Förderideen sein könnten.

Ehrenamtliche oder freiwillige Mitarbeit

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenamtsbörsen e.V., Torstr. 231, 10115 Berlin, Tel. 030 20 45 33 66, www.bagfa.de
Vermittelt Kontakte mit Freiwilligenbörsen in ganz Deutschland

Fortbildung für gemeinnützig interessierte Vermögende

Spendenplan-Anleitung:

<http://www.pecunia-erbinnen.net/pecunia/material.htm>

Pecunia, das Erbinnen-Netzwerk, www.pecunia-erbinnen.net

Die Bewegungstiftung, www.bewegungstiftung.de

The Philanthropy Workshop, www.instituteforphilanthropy.org.uk

In drei einwöchigen Modulen (eines davon in der „Dritten Welt“) mit zahlreichen Projektbesuchen und Vorträgen wird eine einjährige, umfassende, hochqualifizierte Fortbildung angeboten, von der Erarbeitung der eigenen philanthropischen Vision bis hin zu Führungs- und Präsentationstraining und der Projektbeurteilung. Anschließend Mitgliedschaft im internationalen Netzwerk der Kurs-Alumni. Richtet sich an (potentielle) Spender und Spenderinnen großer Summen. Die Kurssprache ist Englisch.

Das junge "Forum for Active Philanthropy" erstellt Materialien zu Förderthemenfeldern ("was muß ich als Förderer/in über Themen wie z.B. Klimawandel, Armut, Kinder etc. wissen, um Anhaltspunkte für effiziente Förderungen zu finden?"), sowie Checklisten und praktische Beispiele zu methodischen Themen wie "strategische Planung", "Evaluation" und "Kooperationen". Angeboten werden daneben mehrtägige Seminare für Förderer zur methodischen wie auch zu inhaltlichen Themenfeldern, und die individuelle Beratung von Spendern und Stiftern.

Das Forum for Active Philanthropy in Berlin richtet sich an Stifter und Spender aus ganz Europa, und versteht sich als Plattform für den Austausch von Erfahrungen, Projektideen und die Vernetzung von Förderern in einem geschützten Raum.

Adresse:

Forum for Active Philanthropy, Monbijouplatz 2, 10178 Berlin, Tel: 030.280 95 490, www.activephilanthropy.org

OFFENER BRIEF an Herrn Landesrat Buchmann

Resolution steirischer NGO's für den vermehrten Mitteleinsatz des Landes Steiermark im steirischen Vereinswesen

c/o ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus, Mag. Christian Ehetreiber

Sehr geehrter Herr Landesrat Buchmann!

Mit einiger Verwunderung und großer Bestürzung haben wir Ihre Ankündigung, „alle Förderungen, die über Ermessenskredite gewährt werden [...], um 40%[!] zu kürzen“ der Sonntagsausgabe der Kleinen Zeitung vom 15.10.2006 entnommen. Die von Ihnen beabsichtigte 40%-Kürzung betrifft praktisch alle von steirischen Vereinen erbrachten Leistungen der Jugendarbeit, Sozialarbeit, Gesundheitsförderung und Präventionsarbeit, Kulturarbeit, arbeitsmarktpolitische Projektarbeit, interkulturelle Arbeit, Integrations-, Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit, Friedens- und Menschenrechtsarbeit, Arbeit zum Abbau von Geschlechterungleichheiten, um nur einige über Ermessensförderungen finanzierte Arbeitsbereiche anzuführen.

Wir erachten Ihre Forderung, die Förderungen in diesen gesellschaftspolitisch wichtigen Arbeitsbereichen für unser Bundesland um 40% zu kürzen für vollkommen inakzeptabel, weil diese Kürzung für die Zielgruppen in den genannten Arbeitsfeldern zu massiven Verschlechterungen führen würden. Das Land Steiermark sollte sich nicht den teuren Luxus leisten, gewaltpräventive Jugendarbeit, Gesundheitsförderungsarbeit mit Kindern, Erwachsenen oder SeniorInnen, Arbeitsmarktprojekte für langzeitarbeitslose Personen, Suchtpräventionsarbeit, Frauenförderungsinitiativen oder Integrations- und Menschenrechtsarbeit an Schulen oder in Gemeinden einfach um 40% zu kürzen, da dies auf Kosten von Lebensqualität, Sicherheit und Gesundheit in allen steirischen Regionen ginge. Sie können vielleicht 40% in diesen primär präventionsorientierten Arbeitsfeldern einsparen, ernten jedoch mittelfristig auf der „Reparaturseite unserer Gesellschaft“ ein Vielfaches an Folgekosten. Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, sehr geehrter Herr Landesrat, rentieren sich bedarfs- und nachfrageorientierte Investments in Gesundheitsförderung, Bildung und Primärprävention in mehrfacher Hinsicht und ergeben einen vielfachen Nutzen für unser Bundesland Steiermark. Insgesamt bedeuten diese Investitionen eine mittelfristige Verbesserung des sozialen Kapitals, eine Steigerung der Lebensqualität aller SteirerInnen, die Erhöhung des intergenerativen und sozialen Zusammenhalts, ein besseres Verständnis zwischen Ethnien, Religionen und Kulturen, mehr Geschlechterdemokratie, vor allem aber auch arbeitsmarktpolitische Innovation durch ausreichende öffentliche Dotierungen dieser Arbeitsfelder.

Das Land Steiermark hat im vergangenen Jahrzehnt die Etablierung einer professionellen Vereinslandschaft durch öffentliche Förderungen ermöglicht, um die für unser Bundesland notwendigen Leistungen in guter Qualität und nachhaltig erbringen zu können. Wir dürfen Ihnen berichten, dass in fast allen dieser Arbeitsfelder nicht Überfluss an finanziellen Mitteln, sondern Mangel und Prekarität vorherrschen. In aller Regel sind Projekte nicht annähernd durch Landesförderungen ausfinanziert, werden etablierte, auf mehrere Jahre benötigte Leistungen nur mit einjährigen Förderverträgen versehen, werden vom Bedarf und von der Nachfrage her benötigte Ausbaustufen von Leistungen und Projekten nicht (ausreichend) finanziert und werden auch Valorisationen und Indexanpassungen trotz steigender Preise und Lohnkosten nicht gewährt. Kurzum: In nahezu allen angeführten Arbeitsfeldern ginge es um eine dringend einzumahende, dem Bedarf und der Nachfrage endlich entsprechenden Erhöhung der gewährten Fördermittel, keinesfalls um Kürzungen in der ohnehin vorherrschenden Mangelwirtschaft.

Die von Ihnen beabsichtigte 40%-Kürzung würde nicht nur eine drastische Einschränkung der von den Vereinen erbrachten Leistungen bedeuten, sondern auch die gut entwickelte Trägerlandschaft in ihrer Grundexistenz bedrohen, zu gesteigerter Arbeitslosigkeit in der Steiermark führen und auch eine empfindliche Auftragsreduktion im steirischen KMU-Bereich bedeuten, von dem die Vereine Produkte und Leistungen zukaufen. Wir dürfen Sie daran erinnern, sehr geehrter Herr Finanzlandesrat, dass die steirischen Vereine in ihrer Gesamtheit zu den größten ArbeitgeberInnen in unserem Bundesland gehören. Zudem lukrie-

ren die steirischen Vereine durch innovative EU-Projekte auch Finanzmittel aus unterschiedlichen Töpfen der Europäischen Union. Diese Förderungen aus Brüssel würden sich durch die von Ihnen angekündigte Kürzung von Landesmitteln - aufgrund des Kofinanzierungsmechanismus - ebenfalls reduzieren.

Vor dem Hintergrund der gesellschaftspolitisch notwendigen Leistungen fordern wir Sie als Finanzlandesrat daher auf, gemeinsam mit allen Regierungsmitgliedern die genannten Arbeitsbereiche der steirischen Vereinslandschaft ausreichend, bedarfs- und nachfragegerecht, mehrjährig und nachhaltig zu finanzieren und alles daran zu setzen, um den benötigten vermehrten Mitteleinsatz seitens des Landes Steiermark aufzubringen und keinesfalls auch nur 1% Kürzung zuzulassen, da wie gesagt in fast allen Arbeitsfeldern ein Vielfaches an Mitteln benötigt wird und für unser Bundesland sinnvoll eingesetzt ist. Wir fordern daher von Ihnen und allen Ihren KollegInnen in der Steiermärkischen Landesregierung, in der aktuellen Legislaturperiode das steirische Vereinswesen mit den seit Jahren dringend benötigten zusätzlichen Mitteln auszustatten.

Wir fordern Sie daher in aller Höflichkeit und Bestimmtheit auf, nicht über 40%-Kürzungen im Ermessensbereich der Landesförderungen für 2007 nachzudenken, sondern mit uns gemeinsam die Bereitstellung zusätzlicher Finanzierungsmittel zu reflektieren, um die von uns erbrachten Leistungen in quantitativer und qualitativer Hinsicht ausbauen zu können. Wir stehen Ihnen und allen Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung für eine sachbezogene Diskussion über die Erhöhung des Mitteleinsatzes des Landes Steiermark für die steirische Vereinslandschaft gerne zur Verfügung.

Wir verbleiben mit der Bitte um Ihre schriftliche Stellungnahme auf unsere Resolution wie auch mit der Bitte um einen persönlichen Gesprächstermin in den kommenden Wochen und vor der Beschlussfassung des Landesbudgets.

Mit besten Grüßen

Mag. Christian Ehetreiber

(für die nachfolgend angeführte Plattform)

Plattform für den vermehrten Mitteleinsatz des Landes Steiermark im steirischen Vereinswesen
c/o ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus, Karmeliterplatz 2, 8010 Graz

Diese Resolution wurde unterzeichnet und mitgetragen von folgenden Einrichtungen:

Afro-Asiatisches Institut, Angelika Vauti-Scheucher
Aktion Spielbus, Lore Rieper
ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus, Christian Ehetreiber
AUGE Steiermark, Ilse Löwe-Vogl
b.a.s. - Steirische Gesellschaft für Suchtfragen, Manfred Geishofer
Culture Unlimited, Isabella Holzmann
Das andere Theater, Gernot Rieger
ETC Graz, Wolfgang Benedek und Klaus Starl
Fratz Graz, Ernst Muhr
Forum Politische Bildung, Peter Scheibengraf und Kurt Reichenauer
Hazissa, Yvonne Seidler
Helping Hands Graz, Daniela Grabovac
Impuls Bad Aussee, Alexander Buschenreiter
Interact, Michael Wrentschur
ISOP GmbH, Robert Reithofer und Brigitte Brand
JUZ Explosiv, Rene Molnar
Kinderbüro, Bernhard Seidler
Landesverein Volkshilfe, Monika Tatzl
LOGO Jugendmanagement gmbh, Stefan Perschler
Männerberatung, Christoph Lins
ÖKO-Service GmbH, Christian Krizanic
PASCH, Peter Tarkusch
Patchwork-Familien-Service, Margit Picher

Quempas - acting a-cappella - Spartenübergreifender Kulturverein für Weiber auf der Bühne, Lisl Nußhold
SALE Projektmanagement, Angelika Truppe
Steirischer Dachverband der offenen Jugendarbeit, Florian Artl
Theater Mundwerk, Nadja Brachvogel und Martin Horn
THEKLA - die Lobby für Frauen:
Verein Frauenhäuser Steiermark, Angelika Ratswohl
Frauengesundheitszentrum, Sylvia Groth
Frauendokumentationszentrum Graz, Maggie Jansenberger
DANAIDA, Irene Windisch
Frauenservice Graz, Ingrid Franthal und Lisa Rücker
Mafalda - Verein zur Förderung und Unterstützung von Mädchen und jungen Frauen
Peripherie - Institut für praxisorientierte Genderforschung
Tara - Beratung, Therapie und Prävention bei sexueller Gewalt an Mädchen und Frauen
unabhängige Frauenbeauftragte der Stadt Graz, Brigitte Hinteregger
Verein Bicycle, Gerd Kronheim
Verein CLIO, Heimo Halbrainer
Verein Xenos, Joachim Hainzl
Verein Zebra, Edith Glanzer
Werkraumtheater, Rezka Kanzian
yugend.st, Christine Schwetz

Nachstehend publizieren wir drei „Grundsatzkommentare“ unter dem gemeinsamen Titel „Die SPÖ wird lernen“ der GründerInnen der Protestsektion der SPÖ: Manu Hiesmair, Jakob Huber und Rebecca Kampl.

Sie, die GründerInnen, setzten sich mit je einer Frage auseinander: Jakob Huber mit dem Thema „Diskurs“, Manu Hiesmair mit der Frage „Öffnung“ und Rebecca Kampl mit „Demokratisierung“.

In Ihrem Gründungsselbstverständnis lassen die GründerInnen gegenüber den GLOCALIST Medien wissen: „ Die Sozialdemokratie kann als Partei, die selbst aus einer emanzipatorischen Bewegung entstanden ist, viel von den Neuen Sozialen Bewegungen und NGOs lernen. Die Protest-Sektion unterstützt sie dabei.

Die GLOCALIST Medien wollen damit einen Beitrag zu diesem rationalen und dialogorientierten Diskurs liefern und laden ganz besonders Bundeskanzler Dr. Gusenbauer in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzenden zu dieser Diskussion ein. Aber es ist auch ein jeder Beitrag zu den unten angeschnittenen Themen als auch zum Metathema „Was kann die Politik von NGOs lernen“ herzlichst willkommen.

An dieser Stelle wollen die GLOCALIST Medien festhalten, dass eine derartige Dialogreihe auch anderen Parteien offen steht.

Alle Beiträge an: office@glocalist.com

Webtipp: <http://www.protestsektion.at>

DIE SPÖ wird lernen - Diskurs, Öffnung und Demokratisierung

Diskurs - von Jakob Huber

„Die Zeit der großen gesellschaftlichen Entwürfe ist aus Sicht der Sozialdemokratie einstweilen vorbei und damit ebenso die Zeit der großen Diskussionen. Diese Diskussionen werden - wenn auch in kleinerem Rahmen - von den Neuen Sozialen Bewegungen und NGOs gesucht und geführt. Die Realität zeigt, dass sie damit mehr Zuspruch finden, als die Sozialdemokratie zurzeit damit finden könnte.“(1) Das stammt aus dem Artikel „Frischer Wind in der politischen Arena. Was die Sozialdemokratie von den Neuen Sozialen Bewegungen lernen kann“ von einem Gründungsmitglied der Protest-Sektion. Während des Wahlkampfes begannen manche an der Aussage zu zweifeln, tatsächlich herrschte so was wie Aufbruchsstimmung in der SPÖ und der Bevölkerung. Spätestens mit der Präsentation des Koalitionspakts zwischen SPÖ und ÖVP war diese Stimmung aber wieder verflogen. Der Pakt kam vielen

in der SPÖ wie ein Schlag ins Gesicht vor. Ein richtiges Knock-Out, das eineN zu Boden gehen lässt. Mit Blick auf die kommenden vier Jahre hat sich das Urteil verfestigt: Viele Diskussionen müssen noch in die SPÖ hinein getragen und dort (weiter)geführt werden. Gerade der Fehlstart in die Legislaturperiode hat deutlich gemacht: Die SPÖ muss diskursiver werden. Dafür steht die Protest-Sektion Hand in Hand mit der Initiative „Wir sind SPÖ!“. Das Internet wird dabei eine zentrale aber nicht alleinstehende Rolle spielen.

Anmerkungen:

(1) „Frischer Wind in der politischen Arena“ von Jakob Huber in „Diskurs: Positionen sind gefragt“ (Alle Artikel auf www.diskurs.cc), dieser Kommentar basiert auf dem Artikel.



JAKOB HUBER, DESIGN.
BILDUNGSVORSITZENDER DER
SPÖ-LINZ

Öffnung

von Manu Hiesmair

„Selbstkritik und Offenheit sind, so die öffentliche Wahrnehmung, leider keine sozialdemokratischen Tugenden. Leider eilt der Sozialdemokratie ihr Ruf voraus, es gibt aber auch strukturelle Elemente, die diesen Ruf bestätigen.“ (2) Mit dem heutigen Wissen über die partei-internen Vorgänge kann gesagt werden: Die SPÖ-Spitze gibt sich redlich mühe, das Image des eingemauerten und kritikunfähigen Apparats ein zu betonieren. Während die SPÖ Ein- und Austrittsbarrieren zur Machtabsicherung aufbaut oder zumindest duldet, zeigen Neue Soziale Bewegungen, wie es ohne Barrieren erfolgreicher geht. Die Protest-Sektion versucht von ihnen zu lernen, indem sie neben Ausgetretenen vor allem Noch-Nicht-Mitgliedern ein Angebot macht: Erstmals wer-

den konstruktive GegnerInnen des SPÖ-Kurses in die SPÖ geholt, weil sie ein ebenso berechtigtes Interesse an der SPÖ haben, wie die AnhängerInnen des jeweiligen Kurses. Egal wie man zur Verhandlungsstärke unserer Parteispitze steht, fest steht, dass eine sozialere, mutigere, fortschrittlichere, schlicht „bessere“ Politik im Moment am Koalitionspartner scheitert. Das bedeutet zweierlei: Erstens war die SPÖ Opfer ihrer Schwäche, also braucht es eine stärkere SPÖ - in die SPÖ eintreten heißt die SPÖ stärken. Zweitens braucht es auch die andere SPÖ, die sich nicht zur Gusenbauer-Minderheit zählt. Als Teil dieser nicht mehr stillen Mehrheit innerhalb der SPÖ versteht sich die Protest-Sektion. ■



MANU HIESMAIR,
GRÜNDUNGS- UND NEO-SPÖ
MITGLIED

Demokratisierung

von Rebecca Kampl

Eine Umfrage unter Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern im Auftrag der SPÖ Steiermark kam zu dem Schluss, dass für beide Gruppen eine Mitgliedschaft vor allem dann interessant ist, wenn damit Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten verbunden sind. Es sind die Einbunkerung der SPÖ Spitze („an der Spitze ist es einsam“) und die daraus resultierenden medialen und innerparteilichen Ausrutscher, die in diesen Tagen Tausende Mitglieder und vor allem viele

junge Menschen vertreiben. Nicht zuletzt deswegen wird die SPÖ, wenn sie denn wieder zu alter moralischer und politischer Stärke gelangen will, sich selbst demokratisieren müssen. Nicht nur, aber auch bei Personalentscheidungen. Die Protest-Sektion wird sich dafür stark machen, dass Gusenbauer (oder sein Nachfolger) nicht erst bei den Nationalratswahlen von den Mitgliedern gewählt wird. ■



REBECCA KAMPL,
VORSITZENDE DER SOZIALIS-
TISCHEN JUGEND LINZ

Entwicklung-Appell der NGOs an die neue Bundesregierung:

Entwicklungspolitik ist das Gebot der Stunde!

von AGEZ

Die AGEZ appelliert an die neue Bundesregierung, dringend mehr Engagement im Bereich Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit (EZA) zu zeigen. Für sie ist im neuen Regierungsprogramm kein Ausbau der Entwicklungspolitik in Sicht. Österreich muss seine globale Verantwortung ernst nehmen. Gerade angesichts von Armut, Hunger, Klimawandel, Migration, Globalisierung und Kriegen ist Entwicklungspolitik das Gebot der Stunde. Entwicklungspolitik kann zwar nicht alle Probleme lösen, sie trägt aber entscheidend dazu bei, weltweit gerechte und friedliche Verhältnisse zu schaffen und den Menschen Wege aus der Armut zu erschließen.

Im Regierungsprogramm finden sich einige positive Ansätze, die von den NGOs begrüßt werden: die geplante Stärkung der Kohärenz, die Evaluierung der Tätigkeit der ADA, die Stärkung von Frauen, Friedensarbeit (insbesondere in Post-Konflikt-Situationen) und die Weiterverfolgung einer Devisentransaktionssteuer. Bei anderen Punkten hat die neue Regierung Aufholbedarf:

Jährlichen Stufenplan für 0,7% definieren!

Die Regierung bekennt sich zu den Beschlüssen des EU-Rats, wonach bis 2010 ein Anteil von 0,51% des BNE für EZA verwendet werden soll. Allerdings fehlt ein verbindlicher konkreter Stufenplan auf die seit 36 Jahren versprochenen 0,7%. Es bräuchte jedes Jahr eine Erhöhung von 200 Millionen Euro, um die 0,7% bis zum Jahr 2015 zu erreichen. Die Mittel sind notwendig, um die Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen, deren Ziel die Halbierung der weltweiten Armut ist. Damit soll der Zugang zu Bildung, Gesundheit, Ernährung und Trinkwasser für alle Menschen sichergestellt werden.

Armutsreduzierung als zentrales Anliegen, keine Ausrichtung an österreichischen Eigeninteressen!

Es braucht nicht nur mehr Quantität (0,7%), sondern auch mehr Qualität der EZA, d.h. alle Mittel die bei der OECD als EZA angerechnet werden, müssen in erster Linie Armut bekämpfen. Im Regierungsprogramm kommt die Bekämpfung der weltweiten Armut nur in Zusammenhang mit dem Schwerpunkt „Wirtschaft und Entwicklung“, vor. Die NGOs fordern gerechten Welthandel, Schuldenerlass und Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele. Denn wirksame EZA muss sich an den Anliegen der Menschen im Süden orientieren, nicht an österreichischen Eigeninteressen, wie es die Verknüpfung von Außenwirtschaftsförderung und EZA (Erschließung neuer Märkte, Begleitung von Projekten österreichischer Unternehmen in so genannten Dritte-Welt-Staaten durch Entwicklungshilfemaßnahmen), nahe legt.

Armutsreduzierung braucht gerechten Welthandel!

Für eine gerechte Welt ist es entscheidend, die weltweiten Rahmenbedingungen zu verändern, wie zB im Bereich der Finanzarchitektur und des Handels. Im Regierungsprogramm wird der Fortsetzung der derzeit suspendierten WTO-Doha-Verhandlungen große Bedeutung beigemessen und soll sich die Regierung im Rahmen der EU für möglichst ausgewogene Ergebnisse einsetzen. Dazu braucht es aber konkrete inhaltliche Vorgaben: Für die NGOs muss die Handelspolitik an übergeordneten Zielen wie Menschenrechten, Umweltschutz, Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung ausgerichtet sein.

Entwicklungsbank: keine neuen Strukturen ohne deutliche Mittelerhöhung!

Im Regierungsprogramm ist festgehalten, dass die geplante Einrichtung einer Entwicklungsbank geprüft werden soll,

wobei die einschlägige Erfahrung und Kostengünstigkeit der OeKB in der Ausfuhrförderung berücksichtigt werden soll). Die NGOs fordern, dass die Ziele, der Bedarf in Österreich an einer solchen Bank und die externe Rechenschaftspflicht (wie kann die parlamentarische Kontrolle gewährleistet werden) zu prüfen sind. Eine deutliche Mittelerhöhung muss Voraussetzung sein, bevor neue Strukturen und Abwicklungsmechanismen geschaffen werden. Es darf nicht passieren, dass die Bank Gelder aus dem Entwicklungshilfe-Topf erhält und diese Mittel dann nicht für die weltweite Armutsbekämpfung verwendet werden. In die Vorarbeiten muss das federführende Außenministerium unbedingt eingebunden sein.

Migration: Keine Verknüpfung der Entwicklungszusammenarbeit mit der Kooperationsbereitschaft der Herkunftsstaaten!

Laut Regierungsprogramm ist die Verknüpfung der EZA mit der Kooperation von Herkunftsstaaten, wie beim Abschluss von Rückübernahmeabkommen, unumgänglich. Die NGOs lehnen die Verknüpfung von restriktiver Migrationspolitik und EZA ab. Repressive Maßnahmen stellen die Menschenrechte in Frage, gefährden Menschenleben und tragen nicht zur Lösung der Ursachen von Migration und Flucht bei. Hier sind andere Ansätze gefordert wie verstärkte Armutsbekämpfung, Klima- und Umweltschutz und aktive Friedensförderung, um die Menschen im Süden und Osten bei der Schaffung würdiger Lebensbedingungen zu unterstützen.

Devisentransaktionssteuer: Mittel für EZA-Maßnahmen sicherstellen!

Die NGOs begrüßen die im Regierungsprogramm festgehaltene Überprüfung einer Devisentransaktionssteuer und betonen, dass der Einsatz der lukrierten Mittel für EZA-Maßnahmen sicherzustellen ist.

Kohärenz: konkrete Umsetzungsmaßnahmen definieren!

Die NGOs begrüßen die im Regierungsprogramm angeführte Stärkung der Kohärenz, hätten sich aber die Formulierung konkreter Maßnahmen gewünscht. Es ist notwendiger denn je, dass alle Politikfelder wie zB Finanz-, Agrar- und Handelspolitik an den Zielen der Entwicklungspolitik ausgerichtet werden.

Entwicklungspolitische NGOs: ihrer Bedeutung verstärkt Rechnung tragen!

Im Regierungsprogramm finden sich keine Aussagen zu entwicklungspolitischen NGOs, die unmittelbar an der Basis arbeiten und große Kompetenz in der Umsetzung von armutsbekämpfenden Maßnahmen haben. Sie leisten darüber hinaus einen wichtigen Beitrag durch ihre bewußtseinsfördernde Arbeit in Österreich.

Strukturierter Dialog zum Regierungsprogramm dringend notwendig!

Die NGOs fordern daher dringend einen strukturierten Dialog mit RegierungsvertreterInnen, NGOs und ParlamentarierInnen zum Regierungsprogramm.



Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser

von Alexander Zach und Peter Unger

Gegner der Grundsicherung von Rechts und Links argumentieren verblüffend gleich. Dabei fällt Ihnen wohl nicht auf, dass ihre Menschenbilder sich gleichen: Menschen müssen bevormundet werden, weil auf sie selbst kein Verlass ist.

Das Liberale Forum war Ende der 90er Jahre die erste parlamentarische Kraft in Österreich, die die Idee einer Grundsicherung für alle in die politische Debatte einbrachte. Seitdem ist viel geschehen: Sozialdemokraten und Grüne haben ebenfalls Grundsicherungsmodelle präsentiert. Diese werden aber mit dem Zusatz „bedarfsorientiert“, d.h. nicht für alle, geführt. Das liberale Modell baut jedoch auf einer bedingungslosen Grundsicherung auf (von vielen auch Grundeinkommen bezeichnet) und wurde nun von uns zu einer umfassenden Grundsicherung erweitert.

Die Idee der Grundsicherung für alle stammt im übrigen u.a. von dem kürzlich verstorbenen Ökonomen Milton Friedman. Zu diesem fällt geübten Lesern meist ein: Gegenspieler von John Maynard Keynes, Erfinder des Monetarismus, so genannter „Neo-Liberaler“. Was die wenigsten aber wissen: Friedman schlug schon vor 50 Jahren eine „Negative Einkommensteuer“ zur Armutsbekämpfung vor - der Urvater aller Kombi-lohn- und Grundsicherungsmodelle also.

Friedman plädierte für den aktiven Sozialstaat. Für den starken Staat. Nicht für „Big Government“, den ausufernden Staat, der sich immer gleich (populistisch) in alles und jedes einmischt, das Massenmedien auf die Tagesordnung setzen. Bis Politik sofort, überall und hektisch tätig ist, aber an den entscheidenden Stellen nichts mehr ausrichtet.

Bei Milton Friedman zeigt sich, dass schon bei ihm die übliche Einteilung in Rechts und Links, sozialistisch und kapitalistisch nicht stimmte.

Wer vorurteilslos auf „den Kapitalismus“, „den Sozialismus“ und „den Liberalismus“ schaut, wird zu ähnlichen Gedanken kommen. Wirtschaft blüht, wenn sie wirtschaftlich handelt. Gesellschaft gedeiht, wenn sie sozial und kulturell ein- statt ausgrenzt. Durch ihre eigenen Kräfte und einen modernen Kultur- und Sozialstaat. Und genau hier setzt die liberale Idee einer umfassenden Grundsicherung mit sozialen und kulturellen Zielen an:

Finanzielle Grundsicherung

Auf der sozialen Seite ist zum ersten eine finanzielle Grundsicherung notwendig, um Herz und Kopf der Menschen von nackter Sorge um ihr tägliches Leben zu befreien und um das unwürdige Ausgeliefertsein denen gegenüber zu beenden, die im Unterschied zu ihnen nicht vor dem Schalter bitten, sondern hinter dem Schalter entscheiden.

Wir haben den Grundsicherungsbetrag in einer ersten Annahme mit EUR 700,- für alle Erwachsene kalkuliert, Kinder und Jugendliche dementsprechend geringer. Der konkrete Grundsicherungsbetrag würde gestaffelt wie folgt ausbezahlt werden: Für Kinder bis zum 14. Lebensjahr: 280 € (40%), für Jugendliche vom 14. bis zum 18. Lj: 455 € (65%), und für Erwachsene ab dem 18. Lebensjahr: die vollen 700 € (100%), jeweils 12 x im Jahr.

Dieser soll eine bescheidene Lebensführung gewährleisten und gleichzeitig den Wunsch,

Alexander Zach
(Bundessprecher des
Liberalen Forums und
Abgeordneter zum
Nationalrat) und Dr.
Peter Unger
(Bereichsverantwortlicher
für Wirtschaft des
Liberalen Forums,
Mitarbeiter in einer
Steuerberatungskanzlei
und vormals Assistent am
Institut für Finanzrecht
am Juridicum Wien)

durch Eigenleistung mehr zu verdienen, aufrecht erhalten. Im Alter übernimmt die Grundsicherung die Funktion einer Basispension, die neben betrieblicher und eigener Vorsorge Existenz sichert. Finanziert wird die liberale Grundsicherung durch die ersatzlose Streichung weitgehend aller Sozialtransfers (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Kindergeld, Familienbeihilfe und Sozialhilfe der Länder), mit Ausnahme jener Leistungen, die individuelle Benachteiligungen ausgleichen sollen (insbesondere Behinderungen und Pflegebedürftigkeit).

Konkret würden bei diesem System ca. 46,8 Mrd € an Ausgaben anfallen, welche ca 45,6 Mrd € an Einsparungen bzw Einnahmen gegenüberstehen. Die tatsächlichen Kosten würden somit ca 1,2 Mrd € betragen. Durch eine Bundesverwaltungsreform ist dieser notwendige Betrag schon in den nächsten Jahren locker zu lukrieren (Der Schlüssel-Berater und anerkannte Wirtschaftskapitän Claus Raidl beziffert den Effekt sogar auf vier bis fünf Milliarden).

Für die steuerrechtliche Behandlung ist festzuhalten, dass die gesamte Grundsicherung nicht der Einkommensteuer unterliegt. Hierzu bedarf es keiner komplizierten Freibetragsregelungen, sondern schlichtweg der Aufnahme der Grundsicherung in die entsprechenden Einkommensteuerbefreiungen gem § 3 Abs 1 EStG, so wie dies bereits jetzt hinsichtlich des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe (Z 5 lit a), des Karenzurlaubsgeldes und des Kinderbetreuungsgeldes (Z 5 lit b), der Familienbeihilfe (Z 7) usw geregelt wurde. Zur verfahrensrechtlichen Abwicklung ist zu sagen, dass jeder Grundsicherungsberechtigte monatlich von einer bundeseinheitlichen Stelle seinen entsprechenden Grundsicherungsbetrag erhalten würde. Diese bundeseinheitliche Stelle sollte im Bereich der Sozialversicherung angesiedelt sein, da die Grundsicherung keine steuerpolitische Forderung darstellt, und somit nicht vom BMF verwaltet werden sollte, sondern vielmehr eine armutsbekämpfende sozialpolitische Forderung verkörpert, und somit auch dem Sozialministerium zugeordnet sein sollte. Dies würde auch ressortmäßig eine Konzentration bewirken, und die jetzigen diversen Zuständigkeiten von BMWA, BMF und BMSG zusammenziehen.

Ein wesentliches Element der liberalen Grundsicherung, ist, dass keine Bedarfsorientierung vorgesehen ist, somit keine Aufdeckung von privaten Vermögensverhältnissen gefordert wird, was auch im Übrigen praktisch kaum vollziehbar und verifizierbar wäre.

Damit unterscheidet sich der liberale Ansatz einer so genannten bedingungslosen Grundsicherung (für viele auch als Grundeinkommen bekannt) entscheidend von den Varianten der SPÖ und den Grünen. Wir Liberale wollen einen Aufbruch,

das heißt Systemwechsel - einen bewussten Umstieg von einem Statussicherungs- zu einem Basissicherungssystem. Die anderen drehen an den Rädchen des bestehenden. Damit wird aber weder ein Euro in der Verwaltung gespart, noch die staatliche Bevormundung im Sozialtransfer beendet, die entscheidet, welche Lebensentwürfe „wünschenswert“ sind und daher „bedarfsorientiert“ gefördert werden sollen. Langfristig würde mit der liberalen Grundsicherung sogar ein Überschuß gegenüber dem bisherigen System erzielt werden können (in einem Beobachtungszeitraum von ca. 30 Jahren, welcher aus Vertrauensschutzgründen im Bereich der Pensionen nötig wäre).

Anspruchsvoraussetzungen für den Zugang zur Grundsicherung ist eine aufrechte Meldung des Hauptwohnsitzes in Österreich sowie eine österreichische Sozialversicherungsnummer.

Es kommt somit nicht auf die Staatsbürgerschaft an! Ein einziges Mal würde über das Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen ein Feststellungsbescheid der auszahelnden Behörde ergehen. Bei in Österreich geborenen Kindern, würde dieser sogleich mit den übrigen Dokumenten (wie Geburtsurkunde) ausgestellt werden können. Bei Personen, elche erst nachträglich nach Österreich ziehen, wäre ein Mal ein Antrag nötig, der das entsprechende Grundsicherungsverfahren einleitet. Aufgrund der nicht vorhandenen jährlichen (Nach-) Überprüfung wäre rechtlich flankierend eine Anzeigepflicht der Bezugsberechtigten für den Fall des Wegfalls der Anspruchsvoraussetzungen denkbar. Alternativ bzw kumulativ müsste lediglich eine interne Kontrollmitteilung des Meldeamtes bzw der Sozialversicherung an die auszahlende Stelle erfolgen, wodurch (auch) eine amtswegige Einstellung der Grundsicherungsauszahlung sehr einfach vollziehbar wäre.

Eine weiteres Hard-fact, und auch eine logische Verknüpfung zur Anspruchsvoraussetzung der österreichischen Sozialversicherungsnummer ist die aufrechte Nutzungsberechtigung von Leistungen aus der Kranken- und der Unfallversicherung für Bezieher der Grundsicherung. Eine Versicherung im Pensionsbereich ist (für den Bereich der Grundsicherung) nicht erforderlich, da die Grundsicherung als Basispension jedenfalls ausgezahlt werden würde. Von diesen sozialversicherungsrechtlichen Ansprüchen im Bereich der Grundsicherung bleiben die abzuführenden Sozialversicherungsbeiträge aus einer - zusätzlich zur Grundsicherung - ausgeübten Arbeitstätigkeit unberührt, was in der Pension auch das gewünschte vier Säulen-Model (Basispension in der Form der Grundsicherung plus eventuell reguläre Zusatzpension aus einer Erwerbstätigkeit plus etwaige Betriebspension plus Eigenvorsorge) realisieren würde.

Glocalist

MEDIEN



MEDIEN FÜR WIRTSCHAFTSTETHIK, NACHHALTIGKEIT UND SOZIALE VERANTWORTUNG

Tust du denken
mutdulesen!



Jeden Monat in
ihrer Post
10 Ausgaben jährlich



Jeden Montag in
ihrer Mailbox
41 Ausgaben jährlich

Ich will lesen:

KOMPLETT-ABO

Jetzt zum
Einführungspreis*
(statt 125,-) von

80,- Euro

für 41 Ausgaben GLOCALIST Review und 10 Ausgaben GLOCALIST Magazine
inkl. Versand innerhalb Österreichs.

Magazine-ABO

Jetzt zum
Preis von

40,- Euro

für 10 Ausgaben GLOCALIST Magazine inkl. Versand innerhalb Österreichs.

ABO-Variante bitte ankreuzen

Vorname/Nachname:

Firma/Organisation:

Straße:

PLZ/OrtL:

E-Mail:

ABOBESTELLUNG per **Mail** an abo@glocalist.com oder per

Fax: 01/597 6855

Achtung Kleingedrucktes: Das Glocalist Abo kann ich 6 Wochen vor Ablauf des Abonnements ohne Angabe von Gründen kündigen. Andernfalls verlängert es sich um ein weiteres Jahr. Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche ab Bestellung schriftlich widerrufen kann, unter office@glocalist-review.com oder per Post an: „Glocalist Medien“ Barmherzigengasse 16/7/1, A-1030 Wien. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Header/Poststempels). *Einführungspreis gültig bis 31.12.2006. Der Einführungspreis gilt einmalig und ist auf bestehende Abonnements nicht anrechenbar und gültig für ein Jahresabo.

Kulturelle Grundsicherung

Die kulturelle Dimension der Grundsicherung heißt Lebenslanges Lernen für alle möglich machen. Von Anfang an und unabhängig von sozialer und kultureller Herkunft. Damit alle die gleiche Startchance erhalten, ihr Glück auf ihre Weise zu suchen. Das heißt ein klares Bekenntnis des Staates, den Zugang zum Bildungssystem für Jung und Alt zu garantieren. Das beginnt mit einem Kindergarten, der neugierig auf Bildung macht und setzt sich fort in einem Rechtsanspruch auf Weiterbildung. Die finanzielle Grundsicherung sichert das tägliche Leben und ermöglicht dem grundgesicherten Menschen den ungehinderten Zugang zum Bildungsmarkt. Der Markt aber hat ausschließlich nach marktwirtschaftlichen Kriterien organisiert zu werden.

Hier halten wir als Instrument die Idee der Bildungsgutscheine für verfolgenswert: für Kinder von der Krabbelstube an wie für Jugendliche bis zur ersten Berufsqualifizierung - in Berufsausbildung wie im ersten Studium - Steuerfinanziert versteht sich. Das Zweitstudium kann zum Beispiel über ein Darlehensmodell finanziert werden. Studiengebühren wie wir sie derzeit haben, nämlich als reine „Studierendensteuer“ lehnen wir ab: Denn wo keine zufrieden stellende Leistung ist, dafür darf auch nicht die Hand aufgehoben werden.

Die Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen müssen gut sein. Dafür sorgt nichts besser als der freie Wettbewerb um die besten Lösungen zwischen staatlichen und privaten Einrichtungen. Aber zu allen müssen alle Zugang haben: den Bildungsgutschein müssen alle annehmen.

Wie alles finanziert wird und warum welche Höhe gerechtfertigt ist, muss politisch seriös diskutiert und entschieden werden. Uns stört, dass sonst fast nichts diskutiert wird. Über Ein- und Ausgrenzung von Kindern entscheidet nämlich Geld weder allein noch an erster Stelle. Kindern aus sozial schwachen Teilen der Gesellschaft muss der Zugang zu allen Möglichkeiten der Bildung und Ausbildung materiell gesichert werden - wie Kindern aus allen Teilen der Gesellschaft.

Jedoch gefährlich wirkungsvoll ausgegrenzt werden Kinder kulturell! Wo in ihrem Zuhause auf dem Bildschirm nie was anderes läuft als (seichte) Unterhaltung, wo es keine (guten) Bücher gibt, kein (Vor)Lesen, kein eigenes Musizieren und so weiter, entstehen kulturelle Nachteile gegenüber Kindern aus anderen Elternhäusern. Sie sind später nur noch schwer oder gar nicht aufzuholen.

Hier entstehen die Milieus, in denen sich Armut und Abhängigkeit vom sozialen Vormund Staat über die Generationen „vererben“. Und deshalb bilden für uns kulturelle und materielle Grundsicherung zugleich erst das Soziale im umfassenden Sinn: also Gerechtigkeit.

Und GERECHTIGKEIT, so viel steht für uns fest, ist DAS THEMA des modernen Sozialstaats. Ihn neu zu denken und Gerechtigkeit neu zu verwirklichen, kann eine historische Tat von modernen Sozialdemokraten und modernen Liberalen werden.

Die Gegner der Grundsicherung

Gegner der Grundsicherung von Rechts und Links argumentieren verblüffend gleich. Die Grundsicherung für alle auf einem ausreichenden Niveau, um am sozialen und kulturellen Leben teilnehmen zu können, sehen „echte“ Linke als Abfindung, Ruhigstellung „der Armen“. Die dann „den Kapitalisten“ erlaubte, ansonsten zu machen, was sie wollen.

„Echte Kapitalisten“ unterstellen „dem Menschen“, er würde sich schmarotzerisch ein „schlaues Leben“ auf Kosten „der Leistungsträger“ machen. Das sei schon heute so: Die Grundsicherung würde alles noch verschlimmern. So behauptet auch Wirtschaftsminister Bartenstein, die bedingungslose Grundsicherung sei eine „Einladung zur Schwarzarbeit“. Was er dabei nicht bedenkt: Das derzeitige gesamte Steuersystem stellte schon bisher eine solche „Einladung“ dar, weil es seit jeher angenehmer war, keine Steuern zu zahlen. Unser Grundsicherungsmodell ist von der Höhe ja gerade so angesetzt, dass es den Wunsch nach zusätzlichem Verdienst durchaus aufrecht erhält. Gefördert soll dies durch einen steuerlichen Anreiz zum Zuverdienst in Form eines Steuerfreibetrages werden. Setzt man diesen mit rund EUR 2.000,- im Jahr an, wäre dies zusammen mit der Grundsicherung (EUR 700,- x 12, somit EUR 8.400,- pro Jahr) sogar eine Erhöhung im Vergleich zu den derzeit steuerfreien EUR 10.000,- pro Jahr.

„Echten Kapitalisten“ und „echten Sozialisten“ fällt wohl nicht auf, dass ihre Menschenbilder sich gleichen: Menschen müssen bevormundet werden, weil auf sie selbst kein Verlass ist.

In einer weitgehend freien Wirtschaft wird das Geld verdient, mit dem wir unsere Kultur und unseren Lebensstandard ausbauen. Und: Wo durch ständige Innovation die Jobs entstehen, die allein in hochentwickelten Ländern eine gute Zukunft versprechen.

Wer würde sich dann noch hinter die Kassa eines Supermarktes setzen, ist die oft gestellte Frage. „Aber sicher, wir müssen nur interessante Arbeitsplätze machen“, sagt einer, der es wissen muss: Götz W. Werner, Gründer der Drogeriekette DM und Vorkämpfer der Idee der Grundsicherung in Deutschland.

Menschen suchen nämlich auf vielfältige Weise ihr Glück. Darauf ist Verlass. Es ist unsere Natur. Kontrolle ist gut - Vertrauen ist besser. Dieses Credo setzen wir dem umgekehrten Satz von Lenin entgegen. ■

Nachhaltige Partnerschaft statt Schuldzuweisungen:

*Europäische Kommission, deutscher EU-Vorsitz
und Mitgliedstaaten diskutieren über die
Grundprinzipien der EU-Kommunikationspolitik*

Das abschließende Stakeholder-Forum zum Weißbuch der Europäischen Kommission über eine europäische Kommunikationspolitik unter dem Motto „Europa gemeinsam kommunizieren“ wird im Rahmen des deutschen EU-Vorsitzes ausgerichtet und von der Europäischen Kommission am 18./19. Januar 2007 in Berlin organisiert.

Margot Wallström, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (zuständig für institutionelle Beziehungen und die Kommunikationsstrategie), in ihrer Eröffnungsansprache: „Öffentliche Kommunikation ist eines der schwierigsten und sensibelsten Themen der heutigen Demokratien. Sie hat einen hohen politischen und ethischen Stellenwert, dem in vollem Umfang Rechnung getragen werden muss. (...)“

Wir müssen die gemeinsamen Werte und Prinzipien definieren, die wir unserer Tätigkeit zugrunde legen. Ausgangspunkt für die Definition dieser gemeinsamen Prinzipien können nur die Bürger und ihre demokratischen Rechte sein:

- Das Recht auf erschöpfende und ausgewogene Berichterstattung über Entscheidungen, die sich auf ihr Leben auswirken, unabhängig davon, wo diese Entscheidungen getroffen werden;
- das Recht, ihre Meinung zu sagen und Gehör zu finden.

Die Teilnahme am öffentlichen Leben hängt ganz wesentlich von der Ausübung dieser Rechte ab.“

Etwa 300 Teilnehmer werden darüber diskutieren, wie bestehende Partnerschaften zwischen den europäischen Institutionen, Mitgliedstaaten, lokalen und regionalen Behörden, politischen Parteien und nicht-staatlichen Organisationen ausgebaut bzw. neue Partnerschaften gebildet werden können, mit dem Ziel, eine engere Beziehung zu den Bürgern herzustellen und die wechselseitige Kommunikation zu verbessern. Da der deutsche Vorsitz die Reform der EU Institutionen voranbringen will, ist zugleich eine effizientere, integrative Kommunikation mit den europäischen Bürgern für den Erfolg des gemeinsamen europäischen Vorhabens unerlässlich.

In diesem Zusammenhang fügte Frau Wallström hinzu: „Es wäre sehr wichtig, dass Fragen von gemeinsamem Interesse – wie zum Beispiel Energieversorgungssicherheit, Klimawandel, soziales Europa – von den Menschen in der gesamten Europäischen Union mehr oder weniger gleichzeitig und nach Möglichkeit innerhalb eines gemeinsamen Werterahmens erörtert werden.“

Die Begrüßungsrede wird von Ulrich Wilhelm, Staatssekretär und Sprecher der Bundesregierung, gehalten. Hauptredner bei der Eröffnung sind:

- Jean-Luc Dehaene, ehemaliger Premierminister von Belgien
- Noel Treacy, Minister für Europäische Angelegenheiten, Irland
- Gábor Iván, Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten, Ungarn



18. JÄNNER 2007

- Günther Gloser, Staatsminister für Europäische Angelegenheiten im Auswärtigen Amt, Deutschland

Weitere Informationen über die Veranstaltung:
http://ec.europa.eu/commission_barroso/wallstrom/communicating/berlin_de.htm

Mariann Fischer Boel auf der Grünen Woche in Berlin: „2007, ein Jahr mit vielen Weichenstellungen“

„2007 wird für die europäische Landwirtschaft ein bedeutsames Jahr. So steht eine grundlegende Reform zweier wichtiger Sektoren an, und es werden Überlegungen eingeleitet, auf welche Weise die Gemeinsame Agrarpolitik künftig effizienter gestaltet werden kann,“ erklärte die für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zuständige Kommissarin Mariann Fischer Boel zu Beginn der Grünen Woche, einer wichtigen internationalen Lebensmittel-, Landwirtschafts- und Gartenbaumesse, die vom 19. bis 28. Januar 2007 in Berlin stattfindet.

„Bis Ende dieses Jahres werden wir uns, so hoffe ich, auf eine grundlegende Reform unserer Marktordnungen für Wein sowie für Obst und Gemüse verständigt haben,“ sagte Frau Fischer Boel. „Wir müssen Mut zeigen, wenn wir unsere Erzeuger in die Lage versetzen wollen, sich auf einem immer stärker umkämpften Markt zu behaupten.“

Die Vorschläge zur Reform der gemeinsamen Marktorganisation für Obst und Gemüse, die über ein Budget von 1,5 Mrd. EUR verfügt, sollen am 24. Januar angenommen werden. Die Rechtsvorschläge für Wein werden noch vor dem Sommer folgen.

„Dies sind die beiden letzten Sektoren, die aus dem 2003 eingeleiteten Reformprozess noch ausgeklammert sind. Wir müssen uns von überholten Formen der Stützung verabschieden und den Erzeugern die Möglichkeit geben, wettbewerbsfähiger zu werden und sich stärker am Markt auszurichten,“ so die Kommissarin.

„Unsere Weine sind die besten der Welt, und dennoch verlieren wir gegenüber den Erzeugern aus der ‚Neuen Welt‘ an Boden. Wir müssen Märkte zurückerobern und einige Hindernisse beseitigen, die unseren Weinerzeugern im Wege stehen.“

„Obst und Gemüse sind für die Förderung einer gesünderen Ernährung von größter Bedeutung. Unsere Reformen zielen darauf ab, die Erzeuger zu stärken, die Stützungsregelung zu modernisieren und den Verbrauch - vor allem bei den Jüngeren - anzukurbeln,“ erklärte Frau Fischer Boel. „Außerdem werden wir Maßnahmen zugunsten des ökologischen Landbaus treffen, der durch die unter der deutschen Präsidentschaft vorgesehene endgültige Einigung über eine neue Öko-Verordnung noch stärker gefördert werden soll.“

Letzte Woche hat die Kommission eine ehrgeizige Strategie zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen und zur Verringerung der Abhängigkeit Europas von importierten fossilen Brennstoffen vorgelegt.

„Die Landwirtschaft kann einen wichtigen Beitrag zu dieser Strategie leisten. Ich begrüße die Entscheidung, den Anteil von Biobrennstoffen am Brennstoffmix bis 2020 als verbindliche Vorgabe auf 10% zu steigern. Der europäischen Landwirtschaft bietet sich dadurch eine hervorragende Gelegenheit, zur Bewältigung einer der größten Herausforderungen beizutragen, mit denen die Europäische Union gegenwärtig konfrontiert ist. Mit unseren GAP-Reformen wurde bereits viel zur Förderung



18. JANUAR 2007

der Erzeugung von Biobrennstoffen getan; nun möchte hierauf aufbauen,“ sagte die Kommissarin.

Ein weiterer wichtiger Punkt auf der Tagesordnung von Kommissarin Fischer Boel ist die Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Die Kommission hat bereits wichtige technische Änderungen vorgeschlagen, die für Landwirte und Behörden eine Erleichterung darstellen. Als nächster Schritt soll nun die Cross Compliance unter die Lupe genommen werden, also die Standards in Bezug auf Umwelt, Tierschutz und Lebensmittelqualität, die die Landwirte einhalten müssen, um ihre Direktbeihilfen zu erhalten.

„Die Cross Compliance ist unverzichtbar, wenn wir die Unterstützung der Öffentlichkeit für unsere Zahlungen an die Landwirte erhalten wollen. Ich will mich den Anliegen der Landwirte aber nicht verschließen und habe daher versprochen, bis zur Märztagung des Agrarrats einen Bericht über diese Regelung vorzulegen. Ich werde eng mit Minister Seehofer zusammenarbeiten, um zu prüfen, wie die Regelung vereinfacht werden kann, ohne ihre Grundprinzipien dabei aus dem Auge zu verlieren.“

2007 wird hinter den Kulissen auch intensiv an der Vorbereitung des „Health Checks“ der GAP-Reformen gearbeitet.

„Meine Vorschläge für den "Health Check" werden 2008 vorgelegt, aber selbstverständlich befassen wir uns bereits jetzt eingehend damit. Es handelt sich nicht um eine grundlegende Reform, sondern darum, dafür zu sorgen, dass die Dinge besser funktionieren. Nach den Reformen der vergangenen Jahre brauchen die Landwirte jetzt eine Zeit der Konsolidierung,“ sagte Frau Fischer Boel abschließend.



Luftverkehr in der EU25

Personenbeförderung im Luftverkehr im Jahr 2005 um 8,5% gestiegen

In London/Heathrow werden die meisten Passagiere abgefertigt, in Frankfurt die meiste Fracht

Im Jahr 2005 stieg die Gesamtzahl der Fluggäste in der EU25 gegenüber dem Vorjahr um 8,5% auf über 700 Millionen. 2004 und 2003 waren Anstiege der Fluggastzahlen um 8,8% bzw. 4,9% zu verzeichnen gewesen. 23% der Fluggäste wurden auf innerstaatlichen Flügen befördert, 42% auf Flügen innerhalb der EU25 und 35% auf Extra-EU25-Flügen. London/Heathrow war auch im Jahr 2005 mit 68 Millionen Passagieren der Flughafen in der EU mit den meisten Fluggästen; er verzeichnete einen Anteil von fast 10% aller Fluggäste in der EU25 und einen Anstieg um 1% gegenüber 2004. Auf den Plätzen zwei und drei folgten Paris/Charles-de-Gaulle (53 Millionen Fluggäste, +5%) und Frankfurt (52 Millionen, +2%), gefolgt von Amsterdam/Schipol (44 Millionen, +4%) und Madrid/Barajas (42 Millionen, +9%).

Die Passagierzahlen stiegen im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr in fast allen Mitgliedstaaten an. Fünf Mitgliedstaaten verzeichneten Zuwächse von 25% oder mehr. Der kräftigste Anstieg wurde in Lettland (+77%) gemeldet, gefolgt von der Slowakei (+46%), Litauen (+44%), Estland (+41%) und Ungarn (+25%). Die höchsten Passagierzahlen wurden im Vereinigten Königreich (204 Millionen, +6% gegenüber 2004), Deutschland (146 Millionen, +8%), Spanien (144 Millionen, +11%), Frankreich (108 Millionen, +5%) und Italien (88 Millionen, +8%) registriert.

Diese und weitere Zahlen stammen aus einem unlängst von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemein-

schaften, veröffentlichten Bericht³ über den Luftverkehr in der EU, den Kandidatenländern sowie Island, Norwegen und der Schweiz im Jahr 2005. Dieser umfangreiche Bericht enthält außerdem genaue Angaben über den innerstaatlichen, den Intra-EU- und den Extra-EU-Personen- und Frachtflugverkehr sowie die wichtigsten Flughafenpaare im nationalen und internationalen Luftverkehr.

Luftfrachtverkehr in der EU25: ein Plus von 3,5% im Jahr 2005

Das Volumen des Luftfrachtverkehrs hat im Jahr 2005 in der EU25 um 3,5% auf fast 11 Millionen Tonnen zugenommen; 80% davon wurde mit Ländern außerhalb der EU25 abgewickelt. 2004 war das Volumen des Luftfrachtverkehrs um 9,6% gestiegen. Die wichtigsten Partner waren Nordamerika mit einem Anteil von 30% am Luftfrachtverkehr mit Nicht-EU25-Ländern (-2% gegenüber 2004), der Ferne Osten (28%, +7%) und der Nahe und Mittlere Osten (14%, +4%).

Etwa die Hälfte der gesamten EU25-Luftfracht wurde auf deutschen und britischen Flughäfen umgeschlagen. Der größte Frachtflughafen in der EU war im Jahr 2005 Frankfurt mit 2,0 Millionen Tonnen (+7% gegenüber 2004), gefolgt von Amsterdam/Schipol mit 1,5 Millionen Tonnen (+2%), London/Heathrow mit 1,4 Millionen (-2%) und Paris/Charles-de-Gaulle mit 1,2 Millionen (-5%). Zusammen beförderten diese Flughäfen 55% der gesamten Luftfracht in der EU25. Auf eine zweite Gruppe, bestehend aus Brüssel/National, Köln/Bonn und Luxemburg, in denen jeweils zwischen 0,6 und 0,7 Millionen Tonnen Fracht umgeschlagen wurden, entfielen weitere 18%. ■



19. JÄNNER 2007

Anmerkung:
Eine Auswertung zum Anstieg der CO2 Werte wurde nicht publiziert.

Kommission und Internationale Atomenergie-Organisation wollen ihre Zusammenarbeit vertiefen

Der hochrangige Verbindungsausschuss für die Durchführung der Sicherungsmaßnahmen im Nuklearbereich zwischen der Europäischen Kommission und der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) ist gestern in Wien zu Gesprächen über die Gefahrenabwehr zusammengekommen. Die beiden Seiten erörterten wichtige Fragen der praktischen Umsetzung der Sicherungsmaßnahmen in der EU und kamen überein, ihre Zusammenarbeit unter Beachtung ihrer jeweiligen Rolle auszubauen. Dies wird die Effektivität des beiderseitigen Vorgehens stärken und dazu beitragen, dass für die nukleare Sicherheit, die Sicherungskontrolle und die Nichtverbreitung von Kernmaterial höchste Standards gesetzt und auch weltweit eingehalten werden.

Den gemeinsamen Vorsitz im hochrangigen Verbindungsausschuss führten Olli Heino, stellvertretender Generaldirektor der IAEO, und Dominique Ristori, stellvertretender Generaldirektor der Generaldirektion „Energie und Verkehr“ in der Europäischen Kommission. Die derzeitige deutsche Ratspräsidentschaft wie auch die vorangegangene und künftige Präsidentschaft, Finnland und Portugal, waren in der EU-Delegation vertreten.

Die Wiederaufnahme der Tätigkeit des hochrangigen Verbindungsausschusses erfolgt zeitgleich mit den richtungsweisenden Vorschlägen der Europäischen Kommission für „Eine Energiepolitik für Europa“. Diese werden die Staats- und Regierungschefs auf ihrem nächsten Frühjahrsgipfel am 8. März beraten. Den Vorschlägen der Europäischen Kommission zufolge stellt eine verstärkte Zusammenarbeit mit der IAEO einen wichtigen Schritt für die Förderung der Nichtverbreitung von Kernmaterialien, der Sicherheit und der Gefahrenabwehr im Nuklearbereich dar. Sie werden wichtige Schwerpunkte der auswärtigen EU-Energiepolitik für die nächsten Jahre bilden.

Die nächste Zusammenkunft des hochrangigen Verbindungsausschusses ist für das zweite Halbjahr 2007 geplant. ■



19. JÄNNER 2007